Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 27 (2007)
Heft: 52

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frieder Otto Wolf

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit global denken. Zu Mohssen Massarrats Reformperspektiven

Mohssen Massarrat: Kapitalismus, Machtungleichgewicht, Nachhaltigkeit – Perspektiven Revolutionärer Reformen. Hamburg: VSA, 2006 (309 S., 18,80 €)

Der Osnabrücker Hochullehrer Mohssen Massarrat hat ein wirklich wichtiges Buch vorgelegt und VSA hat es zu einem durchaus erschwinglichen Preis herausgebracht. In diesem Buch nimmt er sich vier zentraler Fragen unserer Gegenwart an: Der Frage einer treffenden Bestimmung der gegenwärtigen Gestalt der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, der Frage der im klassischen 'Marxismus' unterbelichteten Dimension einer Theorie des Politischen, der Frage einer umfassend zukunftsfähigen Umgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Frage einer zeitgemäßen Neubestimmung der Dialektik von Reform und Revolution. Zu allen Fragen wird hier seriös gearbeitet und durchaus nachvollziehbar argumentiert. Dennoch reizt der Autor vielfältig zum Widerspruch.

Vor jeder Detailkritik empfiehlt es sich, zumindest drei Problemhorizonte aufzumachen: *Erstens* ist zu reflektieren, ob diese vier Fragen wirklich die zentralen Fragen unserer Zeit sind, wie dies der Verfasser unterstellt. Bei aller gebotenen Zurückhaltung, fällt jedenfalls auch demjenigen, der die behandelten vier Fragen für wirklich zentral hält, dennoch auf, dass der Zustand der Geschlechterverhältnisse und die Fragen einer nicht-diskriminierenden Kultur bei wachsenden Zusammenleben von Menschen aus differenten Kulturen in diesem Buch praktisch keine Rolle spielen. *Zweitens* ist zu diskutieren, ob diese Fragen 'richtig' – d.h. in überzeugender, anschlussfähiger und zugleich sachlich triftiger Weise – gestellt sind. Das kann im Vorgriff nur bejaht werden: Der Autor arbeitet seine Fragestellungen nachvollziehbar heraus und formuliert dabei immer klar und auf den Stand der theoretischen und empirischen Debatte, die er eindrucksvoll zu verdichten weiß. *Drittens* ist zu untersuchen, wieweit die gewählte Behandlungsweise es überhaupt leisten kann, belastbare Antworten auf die zurecht aufgeworfenen Fragen zu produzieren. Auch hier fällt die Antwort positiv aus: Eine andere als die von Massarrat gewählte Methode der sorgfältigen Verknüpfung von theoretischen Überlegungen, empirischen Befunden unter Bezugnahme auf von der global ausgetragenen Debatte identifizierten Problemen könnte auch der Rezensent nicht empfehlen.

Sogar die allgemeine Stoßrichtung, die Massarrat seinem Buch geben will, teile ich durchaus. Sowohl negativ: „Dennoch muss befürchtet werden, dass der neue Aufbruch der weltweiten sozialen Bewegungen, ..., ein Vorspiel für einen neuen Aufschwung des globalen Kapitalismus darstellt", weil in diesen Bewegungen Unklarheiten über den Unterschied zwischen Kapitalismus und Neoliberalismus herrscht (S.10f.) – so-

wie auch zwischen Kapitalismus und Imperialismus. Als auch positiv: „Es geht um die Perspektive der Nachhaltigkeit und eine Logik, die das Grundbedürfnis der überwältigenden Mehrheit der Menschen nach gerechter Verteilung der produzierten Güter und Dienstleistungen mit der Notwendigkeit koppelt, die Erde als Erbe der Menschheit den nächsten Generationen mindestens genau so zu überlassen, wie die gegenwärtige Generation sie vorgefunden hat." (S. 11) Das halte ich allerdings für eine unzulässige Reduktion: Es geht vielmehr insgesamt um die im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess zugewiesenen Möglichkeiten zu einem guten Leben, welche, zum Glück, auch heute noch nicht allein durch warenförmige Austauschprozesse bestimmt sind.

Dennoch sehe ich Anlass, im Folgenden vor allem zu betonen, auf welche Weise sich der Autor trotz aller eindrucksvollen Leistungen in der Ausführung seines Untersuchungsprojektes gleichsam selbst im Wege steht – und daher in den Ergebnissen hinter dem zurückbleibt, was dieses Buch sonst hätte leisten können: bereits eine tragfähige Grundlage für eine radikal zeitgenössische Erneuerung linker, emanzipatorischer und zukunftsfähiger Politik zu liefern. Immerhin liefert er einen unumgehbaren Startplatz für die – sowohl aus Gründen der Herausforderungen durch eine kritische Weltlage als auch angesichts der erneuten Stagnation linker politischer Handlungsfähigkeit – dringend fällige Debatte darüber.

I. In der Frage einer Diagnose der gegenwärtigen Gestalt der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise gelingt es Massarrat, in durchaus überzeugender Weise herauszuarbeiten, wie weitgehend die Klassiker marxistischer Gegenwartsanalysen – von Lenin (der – vermutlich wegen seiner unstrittig mangelnden ökonomietheoretischen Originalität – nicht besonders erörtert wird) und Luxemburg über Mandel bis zu Callinicos und Harvey – durch einen reduktionistischen Ökonomismus („Verabsolutierung der Kapitalverwertungsmechanismen") behindert geblieben sind. Indem er aber den schlichten Begriff des 'Kapitalismus' für den Gegenstand seiner Analyse beibehält – und insbesondere nicht zwischen der allgemeinen Struktur der kapitalistischen Produktionsweise und von ihr beherrschten historischen Gesellschaftsformationen unterscheidet – schneidet er sich von der Möglichkeit ab, in seiner Theoriebildung auf das inzwischen erreichte vertiefte Verständnis des Marxschen Kapital zurückzugreifen. Daher hat er – aufgrund einer übervereinfachten Unterscheidung zwischen „logischen Abhandlungen" und „historischen Analysen" im Kapital – ganz unnötige Schwierigkeiten in seiner Kritik zum einen an stadientheoretischen Konzeptionen des Imperialismus: So glaubt er, Harvey zugestehen zu müssen, „dass Marx seine logischen Abhandlungen, vor allem der Kapitalakkumulation, nicht mit der historischen Analyse verbindet" (S.41), was ein schlichter Kategorienfehler wäre.

Zum anderen übernimmt er von den kritisierten AutorInnen ein mangelhaftes Verständnis der inneren Differenziertheit der 'ökonomischen Basis', in der für Klassenkampf und Klassenherrschaft gar kein Platz zu sein scheint. In der Konsequenz führt ihn das offenbar dazu, jeden Bezug auf ein Gewichtungsverhältnis von Basis und Überbau aufzugeben und nicht etwa eine 'relative Autonomie' von Recht, Staat und Politik (wie in den Erneuerungsversuchen eines politischen Marxismus in den 70er Jahren), sondern schlichtweg deren vollständige Autonomie zu behaupten: Er bezieht sich daher immer

wieder auf „Macht und Machtungleichgewicht als eine vom kapitalistischen Akkumulationskreislauf und vom Wertgesetz unabhängige gesellschaftliche Kategorie“ (S.19).

Auch seine Kontrastierung einer „Logik der Wertproduktion und der Kapitalakkumulation“ mit einer „Logik der Verteilung bzw. Umverteilung der produzierten Werte“ (ebd.) knüpft an dieselbe Übervereinfachung an: Marxens Aufmerksamkeit auf zwischen Produktion und Distribution vermittelnde Prozessebenen, wie die Metamorphosen des Kapitals, welche den Reproduktionsschemata zugrundeliegen, oder auf den Ausgleichungsprozess zu einer Durchschnittsprofitrate werden von ihm ignoriert, indem er schlichtweg eine „Akkumulationssphäre“ (bzw. „Produktionssphäre“) einer „Distributionssphäre“ gegenüberstellt, für die er schlichtweg „ganz unterschiedliche Logiken“ behauptet.

Es leuchtet durchaus ein, dass im nationalstaatlichen Rahmen und in der internationalen Handels- oder auch Finanzpolitik nicht einfach die schlichte „Logik des Privateigentums“ oder der „Zwang der Arbeiter und Angestellten, ihre Arbeitskraft ... verkaufen zu müssen“ (ebd.) gilt – die immerhin bereits den ‘Kampf um den Normalarbeitstag zulassen musste. Aber diese zusätzlich Vermitteltheit durch Politik und (auch militärische) Gewalt, die er gegenüber Mandel, Callinicos und Harvey mit durchaus triftigen Kritiken zur Geltung bringt, begründen deswegen noch nicht Massarrats Auffassung „dass Macht und Machtungleichgewicht als eine selbständige Sphäre neben dem Kapitalismus existieren“ (S.44). Ein wichtiger Nebeneffekt dieser unvermittelten Gegenüberstellung von Ökonomie und Politik liegt darin, dass man dann weder dazu in der Lage ist, ökologische und feministische Gesichtspunkte überzeugend in die Analyse der gesellschaftlichen Basisprozesse zu integrieren, noch auch die Bedeutung von Genderfragen in der Generierung politischer Machtverhältnisse zu berücksichtigen. Im engeren Sinne ökologische Fragen des Verhältnisses der Spezies homo sapiens sapiens zur Biosphäre kommen Massarrat gar nicht in seinen auf Ressourcenfragen verengten Blick.

II. Zur Frage der im klassischen ‘Marxismus’ auch nach meiner Überzeugung unterentwickelten Dimension einer Theorie des Politischen (vgl. Wolf 1983) greift Massarrat zunächst auf zwei Theoretiker zurück, die sicherlich eine gründlichere Kritik verdienen, als er sie hier leistet, nämlich auf Max Weber und insbesondere auf dessen Weiterführung durch Michael Mann (Zu Max Weber vgl. Bader u.a. 1976; zu Michael Mann die etwa in Hall/ Schroeder 2006 geführte kritische Debatte). Dann präsentiert Massarrat aber einen ganz eigenständigen Ansatz, um nicht nur zu begründen, dass „Ökonomie und Macht historisch in einer Wechselbeziehung zueinander stehen“ (S.47), sondern – gegen die „übergroße Mehrheit der Marxisten“, die „von der Dominanz der Ökonomie aus[gehen]“ – um „den Nachweis zu führen, dass Macht und Machtungleichgewicht, einer eigenen Logik folgend, ihrerseits auf die Ökonomie gestaltend und substanziell zurückwirken“ (ebd.).

Damit rennt er allerdings zum einen ein weit offenstehendes Scheunentor ein. Wer würde denn auch als traditioneller Marxist bestreiten wollen, dass es einen volkswirtschaftlich spürbaren Unterschied macht, ob eine Regierung eine keynesianische oder eine monetaristische Wirtschaftspolitik verfolgt, oder ob die Gewerkschaften oder auch die spontanen Arbeiterkämpfe in einem Land oder in einer Region stark oder

schwach sind? Zum anderen scheint er mir aber auch über das Ziel hinauszuschießen, wenn er etwa die These vertritt, aus „der Monopolisierbarkeit und der Ungleichheit von Chancen als Ursachen von Macht und Machtungleichheit folgt ihre Eigenständigkeit gegenüber der Ökonomie" (S.50) und diese zugleich mit einer geradezu gespenstischen „Rationalität" ausgestattet sieht, deren „Daseinsberechtigung" „auf dem Erhalt und der Vermehrung des Reichtums" beruhe (ebd.).

Immerhin reicht seine eigene Skizze einer differenzierten, vor allem auch zwischen 'primären' und 'sekundären' Machtformen, zwischen „Plussummenspiel" und „Nullsummenspiel", unterscheidenden Machttheorie dafür aus, David Harvey und auch noch Elmar Altvater eine fälschlich „ausschließliche" Subsumierung der „vielfältigen Formen der Aneignung und Enteignung" unter die „Logik der Kapitalverwertung" nachzuweisen. Ihm ist sicherlich darin zuzustimmen ist, dass es Machtfragen gibt, die auch „trotz Kapitalismus durch umfassende Demokratisierung" überwunden werden könnten und andererseits auch ernsthaft zu fragen ist, „ob und unter welchen Bedingungen Macht und Machtungleichheit fortexistieren, obwohl der Kapitalismus abgeschafft worden ist" (S.53). Allerdings bleibt seine Argumentation dadurch beeinträchtigt, dass er nicht zwischen Macht und Herrschaft unterscheidet – wofür vielleicht doch eine Einbeziehung der Staats- und Herrschaftskritik der Althusserschule oder zumindest ein Rückgriff auf Foucault hilfreich gewesen wäre – und daher etwa ohne weiteres für einen „Übergang zu einem Weltstaat" plädieren kann.

Außerdem hat er (in der Nachfolge von Michael Mann) nur einen eingeschränkten Sinn für die 'konstituierende Gewalt' sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Kräfte (zur Weltsozialforumsbewegung vgl. etwa Sousa Santos 2006) – so dass er deren unübersehbare Wirksamkeit allein in Gestalt der offenbar als 'charismatisch' verstandenen „moralischen Macht" von „historischen Persönlichkeiten" wie Gandhi, Mandela und Mossadegh in den Blick bekommt und sie in seinen Vorschlägen zur „Demokratisierung der Demokratie" nur unter dem Gesichtspunkt ihrer „Teilhabe ... an politischer Macht" (S.224, 244ff.) erörtert. Demgemäß macht sich in Massarrats Vorschlägen zur „Demokratisierung der Demokratie" das Fehlen einer weitergehenden Herrschafts- und Staatskritik bereits in den mittelfristig vorgeschlagenen Perspektiven in Richtung auf eine „Nachhaltigkeitsdemokratie" einschränkend bemerkbar: Trotz einer ausdrücklichen Auseinandersetzung mit „offenen Einwänden" bleibt Massarrat dabei stehen, die historisch erreichten Formen einer repräsentativen Demokratie durch Beratungsorgane zu ergänzen; Fragen der direkten oder auch deliberativen Demokratie bleiben außerhalb des Horizontes – und damit das gesamte Verhältnis von Demokratie und Herrschaft.

III. Zur Frage einer umfassend zukunftsfähigen Umgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung, d.h. zur Problematik einer Entwicklung zur Nachhaltigkeit, wie sie seit dem Brundtland-Bericht und seit dem 'Erdgipfel' von Rio unter dem Stichwort der 'nachhaltigen Entwicklung' verhandelt wird (vgl. Spangenberg 2007) möchte ich hier nur (vgl. Hinterberger u.a. 2007) kurz drei Punkte anmerken, um dann auf Massarrats Diskussion der „Ethik der Nachhaltigkeit" einzugehen: *Erstens* irritiert die von Massarrat vorgenommene Zuspitzung auf die Generationengerechtigkeit, die er als 'intergenerative Gerechtigkeit' bezeichnet.

Denn damit ist sowohl die im Konzept enthaltene Dimension der sozialen Gerechtigkeit ('*beginning with the poorest*', vgl. Lipietz 2000, 22) ausgeblendet als auch die weiterreichende Frage der legitimen Anforderungen an die Koexistenz der menschlichen Spezies mit den anderen Spezies in der irdischen Biosphäre – was zwar wohl keine veganische Lebensweise zwingend gebietet, aber doch die Ausrottung anderer Spezies, wie sie sich im Rückgang der Biodiversität vollzieht, zu einem ernsthaften politisch-moralischen und nicht nur zu einem Problem menschlicher Selbstgefährdung werden lässt.

Zweitens ist daran zu erinnern, dass die Säulen- bzw. inzwischen besser Dimensionenkonzepte der Nachhaltigkeitspolitik eben Modelle sind, welche auf einer sehr weitgehenden Vereinfachung der globalen Wirklichkeit der 'politischen Ökologie der Menschheit' (Paust-Lassen/Wolf 2001) beruhen, in der Wechselwirkungen, *trade-offs* und Synergien zwischen den unterschiedlichen Aspekten an der Tagesordnung sind.

Drittens halte ich es für strategisch wichtig, dass die Zielsetzung der nachhaltigen Entwicklung nicht einen vorab 'technokratisch' zu definierenden *one best way* vorgibt, wie es die älteren Ingenieurwissenschaften erträumt haben, sondern ein ganzes Feld möglicher Lebensentwürfe von Individuen und Gruppen und möglicher gesellschaftlicher Lebensweisen eröffnen, durch die diese Ziele verwirklicht werden können. Das darin liegende Problem der Vielfalt, der Differenzen und auch Gegensätze im Blick auf Perspektiven nachhaltiger Entwicklung wird hier als ein bloßes Akzeptanzproblem begriffen, dem durch die Herausbildung eines „breiten Konsenses" beizukommen wäre, für dessen Herstellung Massarrat dann auf die „Grundlage einer allgemein akzeptierten Ethik" rekurriert. Sie soll es erlauben, die von Massarrat durchaus treffend beschriebene Umsetzungslücke der Nachhaltigkeitspolitik zu schließen: als „eine moralisch taugliche, politisch tragfähige und pluralistische Leitethik, die sozial sowie raum- und zeitübergreifend ist, die eine hohe Akzeptanz besitzt und es erlaubt, operationalisierbare und zielgerichtete Standards für ökologische, ökonomische, soziale, politische und kulturelle Nachhaltigkeitsschritte zu entwickeln" (S. 166).

Niemand sollte etwas dagegen haben, dass moralisch-politische Argumentationen offengelegt und auch Nachhaltigkeitsfragen im Hinblick auf konkurrierende philosophische Gerechtigkeitstheorien expliziert werden, wie sie seit Rawls die politische Philosophie beherrschen (vgl. kritisch Heinrichs 2002). Und auch nicht dagegen, dass ExpertInnen diesen Reflexionshorizont in die Ausarbeitung ihrer Vorschläge einbringen. Was aber weder funktionieren wird, noch auch irgendwie legitimierbar ist, wäre die Erwartung, durch eine 'ethische Prüfung' der technisch machbaren Vorschläge schon vorab, ohne einen Einstieg in eine offene politisch-moralische Auseinandersetzung mit und innerhalb der 'Menge der Vielen' bestimmen zu können, was die 'richtigen Lösungen' zur Überwindung nicht-nachhaltiger Lebensweisen und Entwicklungen wären. Zum Glück kann die von Massarrat artikulierte „liberal-integrative Universalethik" mit ihren „Grundprinzipien – „Autonomie, Selbstverwirklichung, Freiheit, Partizipation und Fürsorge, Zugangsfreiheitsprinzip, Leistungs- und Bedürfnisgerechtigkeit" (S. 177) etwas Derartiges gar nicht leisten.

IV. Zur Frage einer zeitgemäßen Neubestimmung der Dialektik von Reform und Revolution ist Massarrat vorbehaltlos darin Recht zu geben, diese Frage erneut (vgl. zuletzt etwa das *Socialist*

Register 1987) auf die Tagesordnung zu setzen. Allerdings ist ihm entgegenzuhalten, dass nicht nur seine durchaus pfiffige Umfunktionierung des traditionellen Argumentes gegen den Reformismus als solchen noch keine Begründung der von ihm präferierten Reformperspektive leistet. Sondern es ist vor allem nicht einzusehen, dass er auf die Perspektive einer Überwindung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise dabei gleich ganz verzichtet. Es muss ja nicht sein, dass von der Perspektive auf eine solche Revolution ein derartig religionsförmiger Gebrauch gemacht wird wie bei John Holloway.

Überall dort, wo Massarrat erfahrungsgesättigt konkrete Diagnosen und praktische Vorschläge macht, kommt er zu triftigen Ergebnissen, an denen die politische Debatte besser nicht vorbeigehen sollte. Das gilt für seine Skizze von „Wegen aus der Kapitalismusfalle" ebenso wie für seine Überlegungen zur De-Globalisierung sowie insbesondere zu einer „De-Globalisierung in kapitalistischen Zentren", in deren Zentrum eine umsichtig begründete Strategie der Arbeitszeitverkürzung und eine knappe, aber ebenso einsichtige Kritik des Konzepts eines 'bedingungslosen Grundeinkommens' als strategisches Übergangskonzept steht. Auch seine Vorschläge zum „Ressourcenschutz für die nächsten Generationen", speziell für „Allianzen für einen globalen Klima-New Deal" bringen die Debatte wirklich weiter, indem sie mit der Aufgabenstellung der Mengenregulierung, wie sie der Autor seit langem in der deutschen Debatte zur Geltung gebracht hat, die Problematik der qualitativ bestimmten Proportionalitäten anspricht, die von ökonomischen Analysen – unter der Annahme unbegrenzter Substituierbarkeit – gewöhnlich ausgeblendet wird.

Auch mit seinen Beispielen zur globalen und zur regionalen Krisenprävention bringt Massarrat die Debatte zweifellos weiter, indem er untersucht, wie der *UN Commission on Peace and Crisis Prevention* tatsächlich die Rolle eines „krisenpräventiven Gegengewichts zur Staatenwelt" zukommen könnte und indem er die Friedensfragen des „Mittleren und Nahen Osten" im Hinblick auf die Möglichkeit einer die gesamte „Verquickung vielfältiger interner territorialer, ethnischer, religiöser und politischer Konfliktformationen mit den externen ökonomischen und geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten und des Westens" (S.274) ansprechenden „Strategie der gemeinsamen Sicherheit für alle Konfliktparteien" erörtert und den möglichen „Beitrag Europas" umreißt. In diesen „aktuellen und konkreten Beispielen" wird tatsächlich der „schwierige politische Prozess der Ausgestaltung einer neuen Weltordnung vorstellbar" (S.296)

Literatur

Bader, Veit-Michael u.a., 1976: Einführung in die Gesellschaftstheorie. Berlin

Hall John A./Schroeder, Ralph, (Hg.), 2006: An Anatomy of Power: The Social Theory of Michael Mann. Cambridge

Heinrichs, Thomas, 2002: Freiheit und Gerechtigkeit. Münster

Hinterberger, Fritz u.a., (Hg.), 2007: Falsche Erwartungen oder zerbrechliche Hoffnungen. Münster

Lipietz, Alain, 2000: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Münster

Paust-Lassen, Pia / Wolf, Frieder Otto, 2001: Ökologie der Menschheit. Berlin

de Sousa Santos, Bonaventura, 2006 : The Rise of the Global Left. London

Spangenberg, Joachim (Hg.), 2007: Sustainable Development – the State of the Debate. Münster

Wolf, Frieder Otto, 1983: Diesseits und Jenseits der Staats-Politik. In: Elmar Altvater u.a., Hg.: Aktualisierung Marx', Berlin

Wolfram Stender

„Unterklasse" – Rassismus und Exklusion

Loïc Wacquant: Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays. Basel/ Schweiz, Birkhäuser – Verlag für Architektur, Basel Bauverlag Gütersloh, 2006 (208 S., 39.90 Fr.)

Es ist in Europa wenig bekannt, dass junge Schwarze Männer in den Straßen US-amerikanischer Innenstädte einem größeren Risiko ausgesetzt sind, einen gewaltsamen Tod zu erleiden, als vor Jahrzehnten auf dem Schlachtfeld in Vietnam oder heute im Irak. Tatsächlich haben Feldstudien über die South Side von Chicago oder das östliche Harlem in New York gezeigt, dass dort der gewaltsame Tod so sehr Teil des täglichen Lebens ist, dass „schon die Tatsache des Überlebens – der bloße Umstand, dass jemand volljährig [...] geworden ist – als Leistung [gilt], die öffentliche Anerkennung verdient" (S.66). Die Frage ist nur, warum dies so ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Teil des Problems ist allerdings, dass sich in den USA kaum jemand ernsthaft für diese Frage interessiert.

Stattdessen antwortet, so beobachtet der in Berkeley lehrende Soziologe Loïc Wacquant, der journalistische und sozialwissenschaftliche Mainstream auf die von allumfassender Gewalt geprägte Realität der amerikanischen Ghettos mit einer Dämonisierung des Schwarzen Subproletariats, die in dem Begriff „Unterklasse" ihren ideologischen Ausdruck findet. Indem mit diesem Wort „jahrhundertealte Vorurteile über angebliche kulturelle Eigenheiten der schwarzen Gemeinschaft für den zeitgenössischen Geschmack aufpoliert" werden, komme es „zu einer regelrechten 'symbolischen Versklavung' der Ghettobewohner" (S. 61). Nun erfreut sich das Bild von der „Unterklasse" nicht nur in den USA, sondern zunehmend auch in Europa großer Beliebtheit. Grund genug, dem ideologischen Gehalt und der politischen Funktion des neuen Zauberworts einmal nachzugehen.

Tatsächlich bildet die Kritik an dem neoliberalen Ideologem von der „Unterklasse" die Klammer, die den Sammelband, bestehend aus elf Aufsätzen aus anderthalb Jahrzehnten, zusammenhält. Der Band beginnt mit einer Analyse der Formen städtischer Ausgrenzung und Armut, wie sie sich seit Ende 70er Jahre in allen führenden kapitalistischen Ländern der westlichen Hemisphäre herausgebildet haben. Die genauere Diagnose der sich wandelnden Konstellationen von Klasse, Ethnizität und Armut in den sich modernisierenden kapitalistischen Metropolen verlangt freilich trennschärfere begriffliche Differenzierungen. Wacquant gewinnt diese in den folgenden Aufsätzen, indem er sich sozialhistorisch, ethnographisch und begriffsanalytisch mit der Realität des amerikanischen Ghettos beschäftigt und diese mit der der französischen Banlieue als vielleicht avanciertester Form sozialer Ausgrenzung in Westeuropa vergleicht.

Deutlich wird dabei, dass die Armutsquartiere in den westeuropäischen Großstädten keineswegs als Ghettobildungen begriffen werden dürfen, gleichwohl sie zu ähnlichen Teufelskreisen sozialer Einkapselung werden können. Im letzten Teil des Bandes schließlich stellt Wacquant die staatlichen Strategien dar, die auf das Anwachsen der Gruppe der Ausgestoßenen reagieren. Mustergültig lässt sich an der US-Gesellschaft der kausale Nexus

vom Abbau des Wohlfahrtsstaats und dem Ausbau des Strafstaats demonstrieren. Das Strafrechtssystem wird als Werkzeug zur Eindämmung der sozialen Verwerfungen des neoliberal modernisierten Kapitalismus genutzt, seine Kerninstitution – das Gefängnis – transformiert sich in eine Deponie für den menschlichen Müll der warenproduzierenden Gesellschaft. Mit ca. zwei Millionen Menschen hinter Gittern und 740 Häftlingen pro 100.000 Einwohnern liegt die Zahl in den Vereinigten Staaten sechs- bis zwölfmal so hoch wie in allen anderen Industrieländern. Masseneinkerkerung ist in den USA die Form, wie man Armut bekämpft, und das Ideologem von der „Unterklasse" bietet die Rechtfertigung dafür.

Wacquant kritisiert den Begriff der „Unterklasse" allerdings nicht nur in seiner Qualität als ideologischer Waffe repressiver Sozialpolitik. Diese Qualität hat das Wort spätestens seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Damals bekam das alte, bis an die Ursprünge der bürgerlichen Gesellschaft zurückreichende Ressentiment gegen Arme und Arbeitslose seine pseudo-wissenschaftlich aufgeblasene Weihe in den Traktaten z. B. eines Charles Murray. Als Chefideologe der Reagan-Regierung versuchte er u.a. zu beweisen, dass der Wohlfahrtsstaat selber mit dazu beitrage, dass sich eine „Unterklasse", nämlich eine – bei ihm stets mit der Farbe „Schwarz" assoziierte – Schicht abartiger, durch eine Mentalität der Arbeits-, Leistungs- und Integrationsunwilligkeit gekennzeichneter Armer am unteren Rand der Gesellschaft ausbreite.

Die in den USA eindeutig rassistisch konnotierte Rede von der „Unterklasse", die jüngst auch in Deutschland mit der üblichen Zeitverzögerung, aber großem medialen Getöse von dem Historiker Paul Nolte („Generation Reform", 2004) vorgetragen wurde, ist Ideologie im schäbigsten Sinne des Wortes. In individualisierender, kulturalisierender und stets moralisierender Weise rechtfertigt sie die herrschende Praxis, die Armen zu bestrafen, anstatt die Armut zu bekämpfen. Indem die am härtesten von den sozialen und ökonomischen Exklusionsprozessen betroffenen Menschen als Ansammlung von ebenso anormalen wie asozialen Versagern dargestellt werden, entpolitisiert und naturalisiert man einen gesellschaftlichen Skandal, der nicht zuletzt durch die neoliberale Politik selber verursacht ist. Diese Praxis, die besonders konsequent in den USA beschritten wird, hat sich im Kern in allen kapitalistischen Zentren durchgesetzt. Man kann dies nicht scharf genug kritisieren, und Wacquant tut dies auch in bester ideologiekritischer Weise.

Intellektuell ergiebiger aber ist seine Kritik am Begriff der „Unterklasse" als kritisch intendiertes, nämlich sozialstrukturelles Analyseinstrument aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Gleichwohl dieser Begriff in kritischer Abgrenzung von den kulturalistisch-rassistischen Varianten des „Unterklassen"-Konzepts entwickelt wurde, hält Wacquant ihn im Kern für nicht weniger ideologisch. Der von Gunnar Myrdal bereits in den 60er Jahren in die Diskussion gebrachte, durch William J. Wilsons Studie „The Truly Disadvantaged" (1987) prominent gewordene Begriff der *New Urban Underclass* bezieht sich auf die neuen Formen städtischer Marginalisierung in den Metropolen des kapitalistischen Westens. Am Beispiel des *Dark Ghetto* in Chicago interpretierte Wilson die unfreiwillige Konzentration von Armen und Arbeitslosen in bestimmten Stadtvierteln als eine Folge der durch Deindustrialisierung und Globalisierung verursachten strukturel-

len Veränderungen auf den städtischen Arbeitsmärkten. Die ökonomische Ausgrenzung korrespondiere mit Prozessen sozialer Isolierung und kultureller Stigmatisierung, die die Betroffenen in ihrer Subjektivität radikal beschädige und sie schließlich in eine Position umfassender Exklusion bringe. Demgegenüber sei, so Wilson, die Zugehörigkeit zu der Gruppe der Schwarzen und damit die Dimension rassistischer Ausgrenzung zunehmend nachrangig. Genau an dieser Stelle setzt die Kritik von Wacquant ein.

Wacquant insistiert auf dem inneren Zusammenhang von Ghetto und Rassismus. Was Wilson beobachte, aber nicht begreife, sei der Formwandel der Ghettorealität nach den 1960er Jahren. Dieser lasse sich mit Elias als Prozess der Entzivilisierung beschreiben, der neben dem Strukturwandel der städtischen Ökonomie seine unzweifelhaft politischen Ursachen in dem rasanten Rückzug des Sozialstaats aus den städtischen Armutsvierteln habe. Zwar war das Ghetto immer ein Instrument rassistischer Schließung und Kontrolle. Es ging darin aber nicht auf. Für die weiße Dominanzgesellschaft Mittel zur Unterwerfung, war es für die unterworfene schwarze Bevölkerung auch ein „schützender Panzer" mit eigenen Institutionen und Organisationen und einer widerständigen kulturellen Autonomie.

Exakt diese Doppelfunktion – das *Janusgesicht* – hat das Ghetto im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts verloren. Heute ist es, so schreibt Wacquant, nur noch ein „ödes Territorium voller Angst und Zerstörung" (S. 131), in dem sich die „sozial und ökonomisch am stärksten ausgegrenzten Mitglieder der untersten Bevölkerungsgruppen in der Klassen- und Rassenhierarchie der USA" (S. 57) konzentrieren. In dem seinem Anspruch nach „entrassifizierten", sozialstrukturellen Begriff der „Unterklasse" aber werde genau diese Verschmelzung von ökonomischer und rassistischer Ausgrenzung – und damit im Kern das fortwuchernde Problem des strukturellen Rassismus in den USA – ausgeblendet. Das Konzept der „Unterklasse" verdeckt, so Wacquant, die andauernde Spaltung der US-Gesellschaft entlang der Hautfarbe, es korrespondiert mit der politischen Praxis, die rassistische Realität der US-Gesellschaft zu unterschlagen.

Deshalb ist es so wichtig, präzise zwischen Ghetto, Slum, Armutsquartier und Immigrantenviertel zu unterscheiden. Armut und physischer Verfall der durch die globalisierte Ökonomie überflüssig gemachten Bevölkerung sind auch für Ghettos typisch, aber nicht konstitutiv. Stigmatisierung aufgrund von Hautfarbe und Herkunft, Zwang, räumliche Einschließung und institutionelle Ausstattung heißen die Elemente, die das Ghetto als eine vom Slum unterschiedene soziale Form konstituieren. Wacquant spürt diese Elemente bereits an den historischen Ursprüngen des Ghettos auf, z. B. im Venedig der Renaissance. Das venezianische Modell sah einerseits die territoriale Fixierung und Eingeschlossenheit der als unrein und gefährlich stigmatisierten Juden vor. Andererseits bildeten sich hinter den Wänden des jüdischen Ghettos vielfältige Institutionen und eine ganz eigene Kultur heraus. Den Vergleich historischer Konkretionsformen von Ghettobildungen führt Wacquant in einem relationalem Begriff des Ghettos zusammen: Das Ghetto stellt einen segregierten Raum gewaltsam hergestellter ethnischer Homogenität dar, der über ein so umfassendes organisatorisches Gehäuse verfügt, dass sich die eingeschlossene Gruppe dort auch reproduzieren kann.

Alles dies fehle den segregierten Armutsquartieren in den Metropolen

Westeuropas. Wacquant hält deshalb eine Übertragung des Ghettobegriffs auf die europäischen Verhältnisse für irreführend. Er zeigt dies eindringlich an den zahlreichen Versuchen, die französische Banlieue als Form der Ghettoisierung zu skandalisieren. Sie ist, so die zugespitzte These, das glatte Gegenteil, nämlich ein „Anti-Ghetto". Als Zerfallsprodukt der traditionell roten Arbeiterstadtteile erfolge die sozialräumliche Segregation in den französischen Vorstädten primär nach Kriterien der Klasse und nicht der Ethnizität. Weder lasse sich die ethnische Homogenität noch der institutionelle Parallelismus von Ghettosiedlungen nachweisen. Diese Kritik lässt sich ohne weiteres auf das nicht minder irreführende Schreckwort von den „ethnischen Parallelgesellschaften" übertragen, das in der deutschsprachigen Debatte den Begriff des „Ghettos" ersetzt hat.

Was sich an der Banlieue zeigen lasse, gelte für die Armuts- und Immigrantenenklaven Westeuropas allgemein: „Jenseits der Besonderheiten des französischen Falls gilt es in allen westeuropäischen Ländern das Volksmärchen von den Ghettosiedlungen zu entlarven: Es gibt so wenig ein 'türkisches Ghetto' in Berlin, ein 'westindisches Ghetto' in London oder ein 'surinamesisches Ghetto' in Amsterdam, wie es ein 'arabisches Ghetto' in den Vorstädten von Paris, Marseilles oder Toulouse gibt." (S. 11)

So zutreffend dies ist, stellt sich hier dennoch die Frage, ob die idealtypisierende Differenzierung zwischen Ghetto in den USA und Anti-Ghetto in Europa den Grad rassistisch induzierter sozialer (und auch sozialräumlicher) Exklusion im „alten Europa" nicht erheblich unterschätzt. Eine empirische Analyse der Amalgamierung von ökonomischer und rassistischer Exklusion in den kapitalistischen Zentren steht noch aus.

Wie auch immer sich die Differenz in der strukturell-rassistischen Formation zwischen „alter" und „neuer Welt" darstellt, unzweifelhaft richtig ist die Beobachtung, dass Sozialpolitik auch in den meisten europäischen Staaten zunehmend wieder Züge von Bestrafungspolitik bekommt. Zu Recht warnt Wacquant aber vor allzu hastigen Gleichsetzungen mit der Entwicklung in den USA. Zu erwarten und auch schon zu beobachten sei vielmehr eine spezifisch europäische Variante des strafenden Staats, die eine „Intensivierung der sozialen und der strafenden Behandlung der Armut ebenso wie die Aktivierung der Polizeifunktionen der Sozialdienste zur Folge hat, was zu einer Art 'sozialem Panoptismus' führt" (S. 13).

Für eine vergleichende Soziologie der Ausgrenzung bleibt es deshalb wichtig, sich die unterschiedlichen nationalstaatlichen Armuts- und Ungleichheitsregime genauer anzusehen. Neben der repressiven US-amerikanischen Variante des Wegsperrens der Armen und der damit mehr oder weniger unverhohlen sympathisierenden deutsch-französischen Variante des „sozialen Panoptismus" wären auch andere Wege möglich. Für eine wahrhaft demokratische Gesellschaft allerdings kann es, so Wacquant, nur einzige plausible sozialpolitische Antwort auf die Herausforderung der neuen Ausgrenzungsformen geben: die Einführung eines garantierten Grundeinkommens, mit dem die Existenzsicherung von der Lohnarbeit abgekoppelt und „so eine neue Stufe in der epochalen Entwicklungsgeschichte der Staatsbürgerschaft eingeleitet würde". (S. 8 u. S. 32)

Pascal Jurt

Die soziale Frage in der französischen Soziologie

Nachdem die kritische Soziologie in Frankreich in den 90er Jahren an Einfluss verloren hatte, sind nun in jüngster Zeit Publikationen erschienen, die sich vermehrt mit Exklusion, Ungleichheit, Immigration und sozialer Spaltung befassen.[1] In Frankreich sind so im Kontext der Präsidentschaftswahlen u.a. drei Bücher erschienen, die sich mit der „sozialen Frage" auseinandersetzen. Alle drei versammeln Interventionen von SozialwissenschaftlerInnen, JournalistInnen und Akteuren im sozialen Raum. Zahlreiche von ihnen beabsichtigen damit, dem Verkennen der sozialen Ungleichheit durch die Politiker entgegenzuarbeiten. Es geht dabei jedoch nicht darum, pathetisch eine neue spektakuläre Sozialkritik zu inszenieren. Das Anliegen der WissenschaftlerInnen ist vielmehr, aus dem akademischen Elfenbeinturm auszubrechen und auf die Dringlichkeit der sozialen Probleme hinzuweisen. Der kritische Anspruch wirkt nie bloss gestenhaft, noch verfällt er vorschnell verallgemeinernder Zeitdiagnostik.

Von den drei Studien ist zuerst die des Soziologen Serge Paugam zu nennen, die unter dem Titel „*Repenser la solidarité*"[2] erschienen ist, in der vor allem WissenschaftlerInnen zu Worte kommen. „*L'Autre campagne*"[3] versammelt 80 Beiträge von über 100 AutorInnen – darunter Étienne Balibar, Michel Husson, Jacques Bouveresse und Immanuel Wallerstein. Das von Stéphane Beaud, Joseph Confavreux und Jade Lindgaard herausgegebene Buch „*La France invisible*"[4] ist ein Kollektivunternehmen von JournalistInnen, SchriftstellerInnen und SoziologInnen, die nicht nur die Wortlosen zu Wort kommen lassen, sondern die Unsichtbaren sichtbar machen wollen.

Dass die kritische Intelligenz nicht einfach verschwunden oder sprachlos geworden ist, zeigt das Kollektivunternehmen „*L'Autre campagne*". Konkreter als die „100 Vorschläge" Royals versuchen die WissenschaftlerInnen und AktivistInnen das Potential von neuen politische Artikulationsformen und kollektive Handlungsräume auszuloten, indem sie sich an interessante Analysen unterschiedlicher Felder wagen. Im Vorwort schreiben Lucie und Raymond Aubrac, die aufgrund ihrer Résistance-Vergangenheit unbestrittene Autoritäten sind: „Was für ein ermutigendes Unterfangen! Wenn die Belastung durch die Ungerechtigkeiten zu gross wird, ist Veränderung notwendig. Diejenigen, die uns dies mitteilen, gehören aber nicht zu jenen, die einzig fähig wären, alle Probleme zu lösen, wenn man ihnen bloss die Macht anvertrauen würde. Vielmehr sind es die Kompetenz und die Erfahrung in ihren Fachbereichen, die sie dazu autorisiert. Sie wissen, was falsch läuft und warum. Sie klagen, wenn nötig, die Verantwortlichen an und machen Vorschläge, wie die Effizienz, wie die Gerechtigkeit wieder hergestellt werden kann. Voilà, ein wahrer zivilbürgerlicher Ansatz!"[5]

Diese „andere Kampagne" wurde vor allem von sozialen Bewegungen und AktivistInnen getragen, die sich gegen die neoliberale und konservative etablierte Meinung wehren. Die „andere Kampagne" versteht sich als ein Organ der Wiederaneignung einer politischen Sprache. Sie ist nicht 'anders', weil sie von der 'offiziellen' Kampagne abweichende Themen behandelt, sondern weil sie vorschlägt, die Probleme neu anzugehen. Die Beschreibung konkreter, gelebter Situationen und deren Analyse soll die Grundlage des Enga-

gements und der vorgeschlagenen politischen Antworten bilden. Dadurch wird explizit die Notwendigkeit anerkannt, mit derselben Strenge und demselben Respekt die unterschiedlichen Formen der Expertise zu behandeln, ob sie von Militanten, von Gewerkschaftern, von Vereinigungen oder von Intellektuellen vorgebracht werden, unter der Bedingung allerdings, dass sie in konkrete politische Vorschläge münden, die über die simple Feststellung und die Anklage der gegenwärtigen Politik hinausgehen. Sie wollen dadurch zur Wiedergewinnung einer politischen Sprache beitragen, die den gemeinsamen Idealen der Linken (Reform, Fortschritt, Solidarität, Universalismus, Gleichheit) durch ihre konkrete Übersetzung vor Ort wieder einen Sinn verleihen soll.

Die konkreten Vorschläge für eine „andere Politik" reichen von Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und Kultur und Bildung bis zu Fragen der Staatsbürgerschaft. Die Texte verstehen sich als Angebot an die Linke, die Vorstellungen von Arbeit und Sozialstaat, Armut und Bildungspolitik neu zu überdenken.

Gewisse Vorschläge sind langfristig gedacht wie derjenige der Juristin Monique Chemillier-Gendreau, einen Weltgerichtshof für Menschenrechte zu schaffen. Andere sind im französischen Kontext durchaus kurzfristig realisierbar wie derjenige Michel Faures, einen „numerus clausus" für die Gefängnisse in Frankreich einzuführen. Fredéric Neyrat schlägt seinerseits vor, die Frontal-Vorlesungen im ersten Studienjahr an der Universität abzuschaffen und die Ausbildungsgänge für Erwachsene zu öffnen. Nach Sophie Béroud sollte man die Regeln über die Repräsentativität der Gewerkschaften revidieren.

Das vom Soziologen Serge Paugam herausgegebene, fast 1.000-seitige Gemeinschafts-Werk „*Repenser la solidarité*" zur Zukunft gesellschaftlicher Solidarität bezieht sich ebenfalls auf den politischen Kontext der Präsidentschafts-Wahlen, geht aber auch darüber weit hinaus. Hier erhellen 50 ForscherInnen den sozialwissenschaftlichen Beitrag zur Analyse solidarischer Vergesellschaftungsprozesse, die allzu oft aus dem verengenden wirtschaftswissenschaftlichen Blickwinkel nur unter dem Wertschöpfungspostulat der Ökonomie betrachtet werden. Dass es in den Aufsätzen des Sammelbandes nicht nur um wissenschaftliche Erkenntnis, sondern auch um eine öffentliche Stellungnahme geht, legt nicht zuletzt die damit einhergehende Unterschriftenkampagne und der Aufruf „Parlons solidarité. Interpellation aux candidates et aux candidats à l'élection présidentielle de 2007" nahe, wodurch die Themen der sozialen Ungleichheit und der Ausgrenzung in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden sollten.

Zahlreiche AutorInnen, die vor allem eine sozialkritische Perspektive wählen, beziehen sich auf die Soziologie Emile Durkheims (1856-1917), die ihren markanten Einfluss bis heute im soziologischen Feld in Frankreich nicht verloren hat. Neben Durkheim ist Léon Bourgeois mit seinem „Solidarismus" ein weiterer Referenzpunkt. Der radikal-sozialistische Politiker Léon Bourgeois hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Doktrin des „Solidarismus" die soziale Bindung als eine Verpflichtung zwischen den verschiedenen Generationen definiert.

Die Beiträge widmen sich den „Metamorphosen der sozialen Frage" (Robert Castel), die, wie Paugam schreibt, seit der Transformation des Arbeitsmarktes und der hohen Arbeitslosigkeit mit neuen Problemen verbunden ist und in unterschiedlichen Schattierungen und Variationen die Familien, die Generationen, die Schulen und den rassis-

tische Diskriminierung betreffen. Die Solidarität noch einmal zu überdenken, heisst für die meisten AutorInnen, eine neue Ethik der Solidarität zu fordern.

Zahlreiche Beiträge zeigen, wie Arbeitslosigkeit eben nicht mit individuellem Scheitern gleichgesetzt werden kann. Auf die sozialen Determinanten der Arbeitslosigkeit hinzuweisen, ist ein Verdienst dieses Buches. Die AutorInnen suchen hier nach Wegen, um die Solidarität im Sinne des globalen Prinzips der sozialen Gerechtigkeit, aber auch im Sinne der konkreten Anwendung dieser Prinzipien in verschiedenen Formen der sozialen Intervention aufzuzeigen. Sie erstellen ebenfalls ein Inventar der Lösungen, die wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Solidarität verbinden und dies in einem Kontext, der immer mehr durch die internationale Konkurrenz geprägt ist. Sie untersuchten auch Vorschläge, die es ermöglichen, öffentliche und private Solidarität besser miteinander zu verknüpfen. Schliesslich erörtern sie die Synergien zwischen den verschiedenen – lokalen, nationalen und übernationalen – Ebenen der Solidarität.

Die AutorInnen wehren sich gegen den schrittweisen Abbau sozialer Sicherungen und den Rückzug des Staates aus der Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft. Zahlreiche Studien (wie die von Jacques Donzelot, Robert Boyer, Margaret Maruani, Frédéric Lebaron und Franz Schultheis) zeigen, wie die kapitalistische Wettbewerbsgesellschaft nur noch begrenzt solidarische Haftung für ihre Mitglieder übernehmen will.

Robert Castel fragt in einem spannenden Beitrag über die Institutionalisierung des Prekariats nach dem Verhältnis zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit einerseits und Stabilität und Prekarität der Beschäftigung andererseits und kommt zu dem Schluss, dass heute zwei – wenn auch noch nicht vollkommen hegemoniale – Tendenzen vorherrschen. Man hat es „gleichzeitig mit einer Art Zersplitterung der klassischen Form der Beschäftigung und der Vervielfältigung von Formen der Werktätigkeit zu tun haben, deren Rechte sich unterhalb des Beschäftigungsstatus der lohnvermittelnden Gesellschaft befinden. Das verweist weiter auf den Vorstoss politischer Strategien liberaler Färbung, die diese Transformationen festschreiben, offiziell machen und in gewisser Weise institutionalisieren, indem sie ihnen einen, wenn auch niedrigeren Status verleiht. Diese Strategien bedienen sich der Institutionalisierung der Prekarität, um die massenhafte Nichtbeschäftigung zu verhindern. Die Vervielfältigung dieser Art von Werktätigkeit mit dem Ziel, alle um jeden Preis und unter beliebigen Bedingungen zur Arbeit zu nötigen, könnte tendenziell die Nicht-Beschäftigung dadurch ganz auflösen, dass sie die Schaffung 'klassischer' Beschäftigung einspart.“ [6]

Soziale Ausgrenzung und Armut stehen schliesslich auch im Zentrum des dritten, hier anzuzeigenden Buches „*La France invisible*“. Der Sammelband will, wie die HerausgeberInnen, der Soziologen Stéphane Beaud und die beiden JournalistInnen Joseph Confavreux und Jade Lindgaard im Vorwort schreiben, den Ausgegrenzten, Verstossenen und Herabgesetzten, ein Gesicht und eine Geschichte geben. Das unsichtbare Frankreich zu sehen heisst nicht nur, die Armen und Ausgestossenen sichtbar zu machen, sondern auch das System, das sie hervorbringt.

Das Buch rückt jene Menschen ins Rampenlicht, die nicht in den Statistiken oder im medio-politischen Diskurs auftauchen. Die HerausgeberInnen setzen das ambitionierte Unternehmen Pierre Bourdieus und seiner Forschungsequipe fort, der mit seiner

Studie „Das Elend der Welt" (1993) die Wortlosen zu Wort kommen liess. Damit reihen sie sich in eine kritische Soziologie ein, die die Stimme denjenigen verleiht, die nicht gehört werden.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil „Berichte, Untersuchungen, Portraits" versuchen die AutorInnen Erfahrungsberichte zu sammeln: sie rekonstruieren die Flugbahnen, die Lebenssituationen und den Lebensstil der unsichtbaren Menschen. In alphabetischer Reihenfolge werden die Gespräche mit den Ausgegrenzten von A wie „accidentés" (Unfallgeschädigte) bis V wie „Vieux pauvres" (Alte Arme) in 36 Kapitel gegliedert. Im Anschluss an die Interviews folgt ein Gespräch mit einem Spezialisten des jeweiligen Bereiches. Bei den Unsichtbaren handelt es sich um Behinderte, Smicards (Mindestlohnempfänger), um die sogenannten sans-papiers, sans-logements, sans-emplois. Menschen, die sich schämen, Verachtung und Ausgestossensein zu spüren bekommen und von keiner Interessengruppe vertreten werden.

Das Buch begnügt sich jedoch nicht damit, subjektive Zeugnisse und Interpretationen einzuholen, sondern weist auf die Lücken der Repräsentation der sozialen Wirklichkeit in verschiedenen Feldern hin. Der zweite, analytische Teil des Buches „Erkenntnis und Repräsentation der sozialen Welt" hat zum Ziel, die Vorgänge der Vertuschung der „Unsichtbaren" und die Veränderungen der „sozialen Frage" zu erhellen. Die AutorInnen von „La France invisible" wehren sich mit ihren Analysen gegen eine Soziologie, die immer mehr eine „Disziplin der Experten" wird und zeigen überzeugend, wie eine kritische Soziologie betrieben werden kann.

In seiner bemerkenswerten Analyse des französischen Feldes der Soziologie, „Die toten Winkel der französischen Soziologie" konstatiert Stéphane Beaud, dass im aktuellen sozio-politischen Kontext, der sich radikal von dem der 1960er und 1970er Jahren unterscheidet, die jungen Soziologen in ihrem Studium, die aus sogenannten bescheidenen Verhältnissen stammen, viel weniger von einem „politischen" Projekt getragen und auch weniger von den Dozenten darin unterstützt werden, da diese in der Zwischenzeit oft politisch enttäuscht wurden: Man könne, so Beaud, eine interessante Studie darüber erstellen, wie in gewissen Soziologie-Abteilungen „le salut par la culture" die Parolen der Verheissungen durch die Arbeiterklasse ersetzt hat. Die genannten jungen Soziologen finden die Bestätigung ihrer schulischen Entscheidung dadurch, dass sie durch die grosse Pforte der „Kultursoziologie" in die intellektuelle Welt eintreten.

Das Misstrauen gegenüber politisch und sozial „heissen" Themen gehe einher mit einer gewissen Faszination für „kleinere" Themen, die eine gewisse fremde oder exotische Note haben. So zeichne sich innerhalb der Sozialwissenschaften ein starker Hang zur Ethnologie ab, währenddem die Soziologie als „deterministisch" wahrgenommen wird.[7]

Die Mitherausgeberin und Journalistin Jade Lindgaard zeigt in ihrem Aufsatz „La grande 'chasse aux idées'", wie die PräsidentschaftskandidatInnen Ségolène Royal, Laurent Fabius, Nicolas Sarkozy und François Bayrou grundsätzlich in vielen Themen viel weniger voneinander entfernt sind, als man annehmen möchte. In Gesprächen mit den *spin doctors* und Beratern aller KandidatInnen fällt ihr auf, dass alle dieselben Publikationen lesen, die Kommentare des „Nouvel Observateur", die Zeitschriften „Esprit", „Le Débat", „Commentaire", oder die von Pierre Rosanvallon im Seuil-Verlag herausgegebene Reihe „La république

des idées"; alle veranstalten regelmässige Treffen mit Intellektuellen und Wissenschaftlern zu mannigfaltigen Fragen.[8]

Die drei besprochenen Publikationen belegen die eindrückliche Präsenz einer kritischen Soziologie in Frankreich, die auf streng wissenschaftlichen Analysen der sozialen Welt und ihrer veränderten, aber weiterbestehenden Ungleichheit beruht, die sich aber nicht mit dieser Feststellung begnügt, sondern im Verein mit Akteuren auch interveniert. Nach dem desillusionierenden Ausgang der Präsidentschaftswahlen ist das immerhin ein ermutigendes Zeichen.

Anmerkungen

1 Vgl. Ulf Wuggenig: Künstlerkritik und „kritische Gesellschaft". Zur Kritik der Soziologie der Kritik, Juni. Kunst Zeit Schrift, April 2005, S. 13-18; Franz Schultheis: Reproduktion in der Krise: Fallstudien zur symbolischen Gewalt. In: Barbara Friebertshäuser et al. (Hg.): Reflexive Erziehungswissenschaft. Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu., Wiesbaden 2006; Lothar Peter, Neue soziale Bewegungen, soziale Frage und Krise der Arbeit. Sozialkritik in der französischen Soziologie heute (Teil I), Sozial. Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts. Neue Folge, 20. Jg., Heft 1/2006, S. 9-32.

2 Serge Paugam (Hg.), Repenser la solidarité. L'apport des sciences sociales. Paris 2007.

3 Georges Debrégeas/Thomas Lacoste: L'autre campagne. 80 propositions à débattre d'urgence. Paris 2007.

4 Stéphane Beaud/Joseph Confavreux/ Jade Lindgaard: La France invisible. Paris 2006.

5 L'autre campagne, S. 5.

6 Repenser la solidarité, S. 426.

7 France invisible, S. 469-470.

8 Vgl. dazu Didier Eribon: D'une révolution conservatrice et de ses effets sur la gauche française. Paris 2007.

Ueli Mäder

Ausgrenzung im Kapitalismus. Zur Studie „Das Problem der Exklusion" von Heinz Bude / Andreas Willisch

Eine neue soziale Gruppe wächst heran. Sie verliert den Anschluss an den „Mainstream unserer Gesellschaft" (Bude/Willisch), ist unterbeschäftigt, prekarisiert und marginalisiert, umgeben von maroden Schulen, demolierten Bahnhöfen und Bushaltestellen. Doch niemand begehrt auf. Apathisch wirkende Blicke schweifen im Warenhaus an Öko-Angeboten vorbei. Das gemeinsame Ziel der mühselig Beladenen scheint im alltäglichen Existenzkampf darin zu bestehen, zu verbilligten Lebensmitteln zu kommen. Sozial Benachteiligte befinden sich in recht unterschiedlichen Lebenslagen. Sie sind untereinander kaum organisiert. Sie bilden eine ökonomisch schwache „Klasse an sich", aber keine politisch bewusste „Klasse für sich". Obwohl die Distanz zwischen dem oberen und dem unteren Ende der sozialen Ungleichheit bei den Vermögen und bei den verfügbaren Einkommen zunimmt, ist laut Heinz Bude und Andreas Willisch „kein Klassenkampf in Sicht". In Frankreich signalisieren

allerdings die Revolten in den Banlieues das widerständige Potential der Marginalisierten.

Wer ist drinnen, wer draussen? So scheint die neue soziale Frage zu lauten (vgl. auch U. Mäder in Widerspruch Heft 49/05). Genügend Einkommen fördert die Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Geschehen. Zugehörigkeit ist wichtig. Denn wirtschaftliche Konzentration führt auch in Metropolen zu kollektiven sozialen Exilierungen. Diese erfassen sogar Teile der Mittelschichten. Die einen gewinnen, andere verlieren. Wer den Zugang zur „globalen Klasse" (Dahrendorf), den Karriereweg dorthin verpasst, ist bald „out" und abgehängt. Zu dieser gehören auch die Investment-Bankers, erfolgreichen Musikproduzierenden und Modeschöpfenden, die alle ebenfalls auf der Hut sein müssen. Denn „Hire and fire" gilt selbst für viele Arrivierte. Entscheidend ist dann, wer über welche Reserven verfügt und wie die soziale Sicherung ausgestaltet ist. Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen allein hilft kaum weiter.

Sozialstaatliche Errungenschaften erodieren. Die neoliberale Strategie der gegenwärtigen kapitalistischen Transformation will „keine Solidarklassen versorgen", sondern gezielt in Individuen investieren. Der Wohlfahrtsstaat mutiert vom schützenden zum aktivierenden Staat. Er fordert und fördert. Keine Rechte ohne Pflichten. Sanktionen erhöhen die Wirkung von Anreizen. Sie bekämpfen die „erlernte Hilflosigkeit". Mit Empowerment und Selbstverstärkung gelangen die sogenannt „Überflüssigen" in eine Sphäre „sekundärer Integration". Als wohlfahrtsstaatliche Arbeitsbrigaden sammeln sie, staatlich subventioniert, Abfälle in privaten Freizeitparks. Sie verrichten Tätigkeiten, die „nicht rentieren". So wächst der „Anteil der Anteillosen", wie Heinz Bude und Andreas Willisch einleitend in ihrem Band „Das Problem der Exklusion" recht stimmig beschreiben. Dreizehn Aufsätze diskutieren die drei thematischen Bereiche: Exklusion und Integration, Ausgrenzung und Überflüssigkeit, Prekarität und Segregation.*

Martin Kronauer und Armin Nassehi befassen sich im ersten Teil des Bandes mit der Exklusion und Integration. Kronauer behandelt die Exklusion als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Die Ausgrenzung vollzieht sich primär innerhalb der Gesellschaft, nicht ausserhalb. Aktuelle Versuche der Eingliederung schieben die Verantwortung zunehmend auf die Betroffenen selbst ab. Wenn schon, erforderte eine Pflicht zur Erwerbsarbeit auch ein (Grund-)Recht auf Arbeit. Inklusion setzt demokratische Partizipation voraus. Diese reicht weit über die Organisation der Erwerbsarbeit hinaus. Kronauer will die enge Verknüpfung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung lockern, nicht entkoppeln. Nassehi erörtert in seinem Beitrag „Die paradoxe Einheit von Inklusion und Exklusion" aus systemtheoretischer Sicht. Die Exklusion erscheint als Provokation der Moderne. Auch, weil sich Ausgegrenzte, die teilweise schwierig eruierbar sind, in keine vorgefertigten Kategorien verorten lassen. Der Fokus ist, so Nassehi, vermehrt auf die Integrationsfähigkeit der gesamten Gesellschaft zu richten.

Mit Rainer Land zusammen knüpft Andreas Willisch an Robert Castels erweiterte „Zone der Verwundbarkeit" an. Die beiden Autoren thematisieren „sekundäre Integrationsmodi" und teilen die Exkludierten in vier Problemgruppen ein. Die erste Gruppe umfasst wegrationalisierte Arbeitende, die zweite deklassierte Facharbeitende, die dritte Jugendliche ohne Ausbildung und

Beruf, die vierte Prekarisierte, die instabile Arbeiten verrichten.

Mit den Exkludierten selbst setzen sich im zweiten Teil des Bandes vorwiegend Frauen auseinander. Sie tun dies auf der Grundlage eigener empirischer Studien zur Ausgrenzung und Überflüssigkeit. Petra Böhnke zeigt, wie sich die verunsichernde, über ökonomische Prozesse hinausweisende Marginalisierung auf strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen konzentriert. Heike Solga analysiert Formen der Ausgrenzung, die sich durch den Mangel an Ausbildung radikalisieren. Nikola Tietze untersucht die Islamisierung junger Männer der zweiten Generation türkischer Einwanderer. Unter Bedingungen der Ausgrenzung erhöht die religiöse Identifikation und Praxis das Risiko der Selbstaufgabe.

Ingrid Oswald studiert neue Verhaltensmuster im Kontext der Migration. Diese beinhalten die Flucht aus der oder in die „Überflüssigkeit". Das Konzept der Überflüssigkeit läuft Gefahr, die Perspektive des deregulierten Marktes zu übernehmen, „indem eine Person lediglich als Arbeitskraft interessant ist". Oswald wendet sich dagegen, in Diskursen über die Ausgrenzung die einseitige Orientierung an der Arbeit und an ökonomischen Werten zu reproduzieren. Vielmehr gelte es, integrative Strategien stärker an lebensweltlichen Solidaritäten zu orientieren. Volker Eick referiert im selben Teil eine Studie zur Exklusivität des privaten Sicherheitsgewerbes. Hermann Kotthoff geht auf den Modellwechsel von Anerkennungsmustern im mittleren Management ein. Er dokumentiert, wie auch Führungskräfte verunsichert sind und sich entwertet fühlen. Innere Kündigung verdrängt die Loyalität gegenüber der Firma. Und mit der beruflichen Anerkennung beginnt's dann zu hapern. Die drohende Überflüssigkeit erweist sich als kollektive Erfahrung vieler Manager.

Im dritten Teil des Bandes bringen Michael Vester und Hartmut Häussermann verschiedene argumentative Stränge unter dem Aspekt der Prekarität und Segregation zusammen. Vester knüpft an das Paradigma des mehrdimensionalen sozialen Raums von Pierre Bourdieu an. Soziale Ungleichheiten lassen sich nicht eindimensional in der vertikalen oder horizontalen Optik analysieren. Und sozial Benachteiligte sind keine passiven Opfer, sondern Akteure. Sie entwickeln eigene Möglichkeiten des Handelns. Auch Teile der Mittelschicht engagieren sich für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Linke, so wird gefordert, müssen rückwärts gewandte Sozialpolitiken verabschieden. Moderne Milieus wollen keine Sicherheiten mit enger sozialer Kontrolle. Häussermann setzt sich mit städtischen Krisen auseinander. Neue soziale Risiken und sozialräumliche Konstellationen verursachen Benachteiligung und Ausgrenzung. Die soziale Segregation zwängt die marginalisierte Bevölkerung in Problemquartiere. Diese entstehen durch wachsende soziale Ungleichheit, zudem durch das steigende Distanzbedürfnis von Privilegierten und durch die deregulierte Wohnungsversorgung.

Dirk Konietzka und Peter Sopp beziehen in ihrem Beitrag die Prozesse der Exklusion primär auf Strukturen des Arbeitsmarkts. Berthold Vogel problematisiert die Unterscheidung zwischen Drinnen und Draussen. Sie suggeriert eine tüchtig funktionierende wohlfahrtsstaatliche Arbeits- und Integrationsleistung, die lediglich besser anzupassen und zu erschliessen sei. Das Zeitalter der „kollektiven Aufstiegsperspektiven" sei vorbei. Vogel plädiert dafür, das Vokabular dominanter Sozialstrukturanalysen in der Ungleichheits-

debatte zu überdenken und durch die begrifflichen Konzepte der „sozialen Verwundbarkeit“ und des „prekären Wohlstands“ zu ergänzen.

Das Theorem der Individualisierung prägt gängige Sozialstrukturanalysen. Pluralismus und Konsumismus kennzeichnen heutige Lebensweisen. Die alte soziale (Arbeiter/innen-)Frage scheint demnach passé zu sein. Neue soziale Integrations- und Ausschlussmuster setzen sich durch. Sie bringen vielfältige soziale Differenzierungen mit sich, aber nicht nur horizontal, auch vertikal strukturierte. Die dynamische Exklusionsforschung orientiert sich an sozialräumlichen Verortungen. Sie bezieht Prozesse der Integration und des Ausschlusses ein, die Individuen und soziale Gruppen psycho-sozial und materiell-existenziell betreffen. Sie berücksichtigt, dass sich Milieus und Lebenslagen in einem sozialstrukturellen System verändern, das nach wie vor festlegt, was oben und unten ist. Betroffene erfahren das täglich. Sie ziehen sich zurück und fühlen sich für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Etliche Anzeichen weisen jedoch darauf hin, dass sich resignative Haltungen teilweise auch in Empörung verwandeln. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere „absahnen“, empfinden sie Wut. Die Empörung fördert die Bereitschaft, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie erhöht aber auch die Gefahr, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben.

*** Heinz Bude und Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion.** Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburger Edition, Hamburg. 2006 (394 S., 35 €)

Christina Kaindl

Ungleichheit als neoliberales Projekt

Die Forderung nach rechtlicher und sozialer Gleichheit war in der Geschichte immer wieder Kristallisationspunkt emanzipatorischer Bewegungen und sozialer Kämpfe; die Zusicherung von Gleichheit vor dem Gesetz und von „Chancengleichheit“ war zentrales Legitimationsmoment moderner Gesellschaften. Gleichzeitig sind kapitalistische Gesellschaften durch den Widerspruch gekennzeichnet, dass sie auf formaler Gleichheit basieren und reale Ungleichheit produzieren. Mit der Globalisierung von Wertschöpfungsketten und der Entstehung globaler Standortkonkurrenz haben sich die Rahmenbedingungen für (staatliche) Politik maßgeblich verändert. Neoliberale Politik setzt offensiv auf eine Erweiterung von Ungleichheiten als „Dynamisierung“ von Beschäftigungspolitik und Vermarktlichung.

Die Politik der letzten Jahre war für viele von der Hoffnung auf ein gesellschaftliches Reformprojekt geprägt, das Ungleichheit abzubauen versucht: Der Wechsel zur rot-grünen Regierung und die Erfolge sozialdemokratischer Parteien in einigen Ländern Europas manifestierten dies. Auch der erste Kongress des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) „Ungleichheit als Projekt“ positionierte sich 1997 gegen den all-

seits behaupteten „Sachzwang", mit dem Neoliberalismus als ökonomische Notwendigkeit und Automatismus der Globalisierung bezeichnet wurde.

Diese Hoffnungen sind inzwischen gründlich der Ernüchterung gewichen. So wurde in Deutschland unter Rot-Grün eine Politik gesetzlich verankert, die die Transformation des Sozialstaates vorantrieb, begleitet von der offiziellen Verabschiedung des Gleichheitsanspruches und von der gleichzeitigen Propagierung eines dynamisierten Begriffs von Ungleichheit.

Der anzukündigende Sammelband dokumentiert die auf dem zweiten Kongress in Frankfurt/M. (24. – 26. Nov. 2006) diskutierten Fragen und Probleme.* Auf einige Beiträge sei im Folgenden hingewiesen. Im Mittelpunkt standen u.a. die Verschiebungen des gesellschaftlichen Reichtums, Niedriglohn und ungleiche Entwicklung als Voraussetzung und Produkt der Transnationalisierung von Wirtschaft und Kapital. Mario Candeias zeigt, wie die Verschärfung von Ungleichheiten Ergebnis und Voraussetzung der neuen Produktionsweise ist. Die fragmentierte, über den Globus gestreute Fabrik bedarf der unterschiedlichen Niveaus an Lebensstandard und Lohn. Ursula Huws untersucht die Herstellung von Ungleichheiten durch Strukturierung und Restrukturierung verschiedener „Arbeits-Märkte". Rainer Rilling verdeutlicht in seiner Analyse der imperialen Strategien das Ausmaß eines weltweiten Projekts Ungleichheit, Ingo Malcher seinerseits die Konzepte eines gegenhegemonialen Blocks in Lateinamerika und um die Staaten der G20+.

Den globalen politischen Strategien stehen die nationalen und lokalen zur Seite: Die Reformen des (Sozial)Staates sind ein Mittel, um diese Ungleichheiten herzustellen. Der Rückzug der sozialen Sicherungssysteme erzwingt die „Mobilisierung" – es bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als sich den Verwertungsforderungen mit Haut und Haaren zu verschreiben. Die steuerpolitischen Maßnahmen, die als scheinbare invisible hand die Ungleichheiten forciert haben, untersucht Dieter Eißel. Michael Klundt beschreibt die Konstellationen von Armut und Reichtum und wie soziale Polarisierung durch den Rückzug des Sozialstaates verstärkt wird. Ueli Mäder nähert sich dieser Frage mit Blick auf die reiche Schweiz.

Christoph Butterwegge unterscheidet neue Spaltungen, die durch das neoliberale Projekt entstanden sind: Eliten- und Elendsmigration, Teilung der Unterprivilegierten in arbeitende Arme und arme Arbeitslose und konstatiert schließlich sozialräumliche Segmentierungen in der Stadt. Dies wird durch konkrete Analysen untersetzt, etwa wenn Georg Fülberth sich mit kommunalen Privatisierungsprozessen befasst. Erwin Riedmann schildert anhand des Quartiers am Kottbusser Tor in Berlin Kreuzberg zunächst die Prozesse der Verarmung, aber auch die politischen (Selbst-)Mobilisierungsstrategien, die Hoffnung auf ein „Prekariat" aufkommen lassen, das sich politisch zu artikulieren beginnt. Anke Haarmann zeigt anhand der Obdachlosen in Osaka/Japan den Zusammenhang von Verelendung und Privatisierung des öffentlichen Raums, die dadurch produzierten Ein- und Ausschlüsse und Perspektiven für politische Handlungsfähigkeit. Mit schwindender sozialer Bindekraft des Sozialstaates nimmt, so John Kannankulam, die Bedeutung der sicherheitspolitischen Funktionen des Staates zu.

Die Umarbeitungen der neuen Produktionsweise „erzeugen" neue Lebensweisen; diese werden vermittelt

und erkämpft durch vielfältige gesellschaftliche Institutionen. Den Zusammenhang von Bildung und Ungleichheit und die Umarbeitungen des Bildungssystems werden in den Beiträgen von Torsten Bultmann und Marco Tullney behandelt. Michael Gemperle und Peter Streckeisen konzentrieren sich auf die „Praxis" als Ideologie der Umgestaltung der Studiengänge und fragen nach Zusammenhängen mit der Schicht- und Klassenzugehörigkeit der Studierenden. Ergänzt werden diese Ausführungen durch den Beitrag von Daniel Keil und Charly Außerhalb der AG Gegenhegemonie an der Universität Frankfurt/M über die Verschärfung der Kämpfe der Studierenden an den Hochschulen. Soziale Arbeit ist an der Herstellung neuer Lebensweisen an zentraler Position beteiligt; sie bearbeitet gesellschaftliche Ungleichheit und wird ihrerseits durch das neoliberale Paradigma umgearbeitet, wie Richard Sorg und Norbert Preußer aufzeigen.

Bekanntlich sind die veränderten Zugriffe aufs Subjekt, die Konstellation von erweiterten subjektiven Möglichkeiten, die Lockerung fordistischer alltagskultureller Formen und verschärfte Anforderungen der Selbstverwertung und Selbstvermarktung zentraler Bestandteil dieses neoliberalen Projektes, so auch die Auflösung von subjektiven Orientierungen auf langfristige Berufsperspektiven zugunsten einer Sichtweise, die den eigenen Lebenslauf als Aneinanderreihung von Projekten mit je unterschiedlichen Freiheitsgraden und Selbstverwirklichungen begreift. Im Imaginären wuchert der sozialdemokratisch-neoliberale Diskurs mit dem, woran die fordistische Konformität gescheitert ist: Selbstverwirklichung in der Arbeit, Selbständigkeit gegenüber dem Staat, Freizügigkeit im Privaten und Sexuellen. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Differenz geht einher mit der Tabuisierung gesellschaftlicher Ungleichheiten.

Für Morus Markard dient der Begriff der „Verantwortung" vor allem dazu, die Einzelnen – kollektiv – in Dienst zu nehmen und die Kritik zu psychologisieren. Iris Nowak gelingt es, die globalen Geschlechterverhältnisse, das Zueinander von Integration und Ausschluss bis in die eigene Lebensführung nachzuzeichnen. Damit stellt sie die Frage, wieweit auch die Lebens- und Arbeitsformen von „uns" kritischen WissenschaftlerInnen Teil des neuen Projektes sind.

Die extreme Rechte ihrerseits greift das Individualisierungstheorem auf und versucht, durch die Bekämpfung des „neoliberalen Kapitalismus" zugleich die demokratischen Freiheits- und Grundrechte anzugreifen. Und wie Christina Kaindl aufzeigt, gelingt es ihnen, Erfahrungen aus den Umarbeitungen der Produktionsweise aufzugreifen und mit völkischen Gleichheitsvorstellungen in Verbindung zu bringen. Auch im Mainstream haben Ungleichheitsideologien Konjunktur: Wulf D. Hund und Manuela Bojadzijev nehmen Konjunkturen der Verwicklungen von Klassen-, biologischem und Kulturrassismus bis zur Whiteness unter die Lupe. Und nach Esra Erdem wurde Feminismus in den Medien zum „Schlachtfeld" von Migrationspolitik.

Gegenbewegungen, Praxis und Konzepte sozialer Kämpfe werden in den Blick genommen. Joachim Beerhorst plädiert für die Ausarbeitung eines gegenhegemonialen Projektes, basierend auf dem Zusammenwirken von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, das in bezug auf (internationale) Arbeitsteilung, Demokratie/Gemeinwesen, Arbeitsprodukt, Einkommen und Zeit um Aneignungsgerechtigkeit ringt. Hae-Lin Choi zeigt neue Strate-

gien der Gewerkschaften im Niedriglohn anhand der jüngsten Kampagne der SEIU in den USA (justice for janitors).

Nach Alex Demirovic ist die persönliche Freiheit nur auf Grundlage sozialer Gleichheit möglich. Im emanzipatorischen Gegenprojekt gehts um den Kampf für Verhältnisse, in denen jedeR „ohne Angst verschieden" (Adorno) sein kann.

Christina Kaindl

Christina Kaindl (Hg.): Ungleichheit als Projekt. BdWi-Verlag, Marburg, 2007 (im Erscheinen)

Pascale Gazareth / Anne Juhasz / Chantal Magnin (Hrsg.): Die neue soziale Ungleichheit in der Arbeitswelt. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2007 (ca. 200 S., 41.30 Fr.)

Wie in den meisten europäischen Ländern gilt mit einer gewissen Verzögerung auch in der Schweiz: Die physischen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz nehmen zu, Erwerbsverläufe werden diskontinuierlich, Karriereerwartungen instabil, die unbefristete Vollzeit-Anstellung wird seltener. Diese Unsicherheiten und Einschränkungen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchenden werden in Kauf genommen vor dem Hintergrund nach wie vor bestehender und drohender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Der Angst vor einem drohenden Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt begegnen viele Erwerbstätige mit permanenter Weiterbildung, geographischer und sozialer Mobilität oder mit der Akzeptanz von prekären Anstellungen als Übergangslösungen, die eine Integration in die Arbeitswelt garantieren sollen. Aber wie sieht die Realität aus?

In der Einleitung des hier vorzustellenden Sammelbands *„Die neue soziale Ungleichheit in der Arbeitswelt"* wird festgehalten, dass in der Schweiz vor allem die Kosten dieser neuen sozialen Problematiken diskutiert werden. Zur Debatte steht zumeist die legitime Frage nach der zusätzlichen Belastung der sozialen Sicherungssysteme, nicht aber die soziale Frage selber. Um diese ins Zentrum zu stellen und zu ihrer Analyse eine differenziertere Sichtweisen aufzuzeigen, untersuchen in dieser Publikation 10 Beiträge aus Frankreich, Deutschland, Österreich und der Schweiz die bestehenden Ausschlussmechanismen in der Arbeitswelt. Es wird die sozioökonomische, die institutionelle sowie die biografische Dimension der neuen sozialen Ungleichheit beleuchtet und ein aufschlussreicher Einblick in die neuere sozialwissenschaftliche Exklusions-Debatte gewährt. Dieser Einblick wird mit quantitativen und qualitativen Studien untermauert, die zum Teil im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 51 „Integration und Ausschluss" entstanden sind.

Der erste Teil des Bandes enthält zwei theoretische Abhandlungen zur „Exklusion als sozialem Phänomen." Martin Kronauer hebt aus historischem Blickwinkel als analytische Besonderheit des Exklusionsbegriffes hervor, „dass er jene entscheidenden Ebenen der Integration in den Blick rückt, auf denen sich gegenwärtig tief greifende Veränderungen in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas vollziehen". Wandel findet nicht nur in der Erwerbsarbeit statt, sondern auch auf der Ebene der sozialen Rechte und der persönlichen Beziehungen. Dominique Schnapper führt aus,

dass nicht die Existenz von Inklusion und Exklusion in sozialen Organisationen zu untersuchen ist, da diese in solchen immer vorkommen, sondern deren spezifische und prozessartige Formen in modernen Gesellschaften.

Die sozioökonomische Dimension der neuen Ungleichheit wird von Franz Schultheis thematisiert, der in seiner Studie die gegenwärtigen Veränderungen in der Erwerbswelt „nicht exogen durch die ‚Black box' Globalisierung verursacht" sieht, sondern endogen durch einen veränderten Kapitalismus, der einen von Eliten für Eliten konstruierten „Homo McKinnseyanus" fordert. Wer dessen Anforderungsprofil nicht erfüllt, läuft Gefahr, sich der Prekarisierung auszusetzen. Auf diese bezugnehmend zeigt Serge Paugam in Anlehnung an die Armutsforschung auf, dass vor allem bei jener Form beruflicher Prekarität, die sich durch Unzufriedenheit bei der Arbeit und Instabilität des Arbeitsplatzes auszeichnet, ein erhöhtes Armutsrisiko besteht. Pascale Gazareth, Malika Wyss und Katia Iglesias bestätigen Paugams Ausführungen für die Schweiz, obwohl diese Forschungsergebnisse dem vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurs widersprechen, der jede Form beruflicher Integration für einen Schutz vor Armut oder vor wirtschaftlicher Prekarisierung hält. Ob Prekarisierung mit gesellschaftlicher Desintegration gleichgesetzt werden kann und wie sich jene auf politische Einstellungen auswirkt, überprüft Klaus Kraemer in seinem Beitrag.

Im dritten Teil des Bandes steht die institutionelle Dimension des Wandels in der Erwerbswelt im Zentrum der Beiträge: Es wird die Situation atypisch Beschäftigter aus einer kollektiv gewerkschaftlichen Sicht wie auch aus einer individualrechtlichen Perspektive aufgearbeitet. Georg Adam und Susanne Pernicka gehen der Frage nach, ob die gegenwärtig als „flexiblen und kostengünstigen Personalpuffer" dienenden Solo-Selbständigen in einen gewerkschaftlichen Interessenzusammenhang integriert werden können und wollen. Peter Böhringer, Sandra Contzen, Michael Nollert und Alessandro Pelizzari dagegen setzen sich in ihrem Beitrag damit auseinander, wie atypisch Beschäftigte durch die individuelle Inanspruchnahme von Recht die Ausschlussrisiken vermindern können. Die AutorInnen legen dar, warum die Beseitigung bestehender Gesetzeslücken nicht ausreicht, um den ungenügenden Rechtsschutz atypisch Beschäftigter zu verbessern: Es bedarf zusätzlich der Behebung struktureller Barrieren und individueller Defizite, da diese bereits den Zugang zum Recht erschweren.

Schliesslich geht es um die biografische Dimension in der Erforschung der neuen sozialen Frage. Chantal Magnin und Simone Suter fragen danach, wie prekär Beschäftigte ihre Erwerbsunsicherheit und die dadurch verursachten Handlungs- und Deutungsprobleme bewältigen. Die Analysen fördern unter anderem zutage, dass die befragten Personen „um Handlungsautonomie ringen", oder dass verstärkt individuelle, ganz persönliche Merkmale über den Zugang zum Arbeitsmarkt entscheiden. Der Beitrag von Anne Juhasz, Raphaela Hettlage und Christian Suter zeigt, wie der Schritt in die Selbständigkeit Migrantinnen und Migranten indessen zu mehr Autonomie verhilft und sich als eine Möglichkeit erweist, mit Unsicherheiten besser umzugehen. Auch in dieser Untersuchung wird festgestellt, dass die Befragten oft sehr stark individuelle Ressourcen mobilisieren müssen, um Ausschlussprozesse abzuwehren.

Die letzten zwei Beiträge führen vor, wie durch die Individualisierung sozialer Problemlagen die (knappen) Ressourcen, die den Einzelnen zur Verfü-

gung stehen, an Relevanz gewinnen. Um die neue soziale Frage und ihre Folgen in ihrem ganzen Ausmass diskutieren zu können, braucht es möglichst breitgefächerte Kenntnisse über die aktuellen Umwälzungsprozesse und deren Auswirkungen. Dazu liefert der vorliegende Sammelband mit den sich auf empirische Befunde stützenden Einzelstudien einen ausgezeichneten und zur Lektüre empfohlenen Beitrag.

Fernanda Benz

Fabian Kessl / Christian Reutlinger / Holger Ziegler (Hrsg.): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht". VS Verlag, Wiesbaden 2007 (146 S., 16,90 €)

Die Rede von der „neuen Unterschicht" hat Konjunktur. Seit der Veröffentlichung der Streitschrift „Generation Reform" des Berliner Sozialhistorikers Paul Nolte im Jahr 2004 sind die Diskussionen um die „blockierte Republik" nicht mehr abgerissen. Unzählige Presseartikel und Wortmeldungen wie auch einzelne Studien liefern immer wieder neuen Stoff für die populär gewordene Kontroverse um die „Unterschicht".

Zuletzt goss im Dezember 2006 der SPD-Vorsitzende Kurt Beck Öl ins Feuer. Auf dem Mainzer Weihnachtsmarkt sagte er vor laufenden Kameras zu einem langjährigen Erwerbslosen: „Wenn Sie sich waschen und rasieren, dann haben Sie in drei Wochen einen Job!" Die verbale Attacke des SPD-Vorsitzenden ist typisch für den heutigen Umgang mit randständigen Menschen. Auch hierzulande ist der Vorwurf allgegenwärtig, Erwerbslose oder SozialhilfeempfängerInnen seien selbst schuld an ihrer Lage und könnten diese im Grunde leicht ändern, wenn sie nur wollten.

Mit dem Sammelband „Erziehung zur Armut?" greifen nun zehn AutorInnen, die sich alle wissenschaftlich mit Fragen rund um Soziale Arbeit, Erziehung und Bildung beschäftigen, in die deutschsprachige Debatte ein. Zwar dient auch ihnen Paul Nolte als Stichwortgeber. Viel Zustimmung darf dieser in den insgesamt acht Beiträgen aber weder für seine Analyse noch seine Therapievorschläge erwarten. Im Gegenteil. Vielfältige Kritik durchziehen die Aufsätze des lesenswerten Readers, in dem auch alternative Sichtweisen und Gegenkonzepte dargelegt werden.

Zu Beginn des Buches fragen die Herausgeber erstmal, was denn so neu sei an der „neuen Unterschicht". Für sie geht es in erster Linie darum, dass diese Debatte als Motor für politische Positionierungen dient, die sich vom „Modell der Wohlfahrtsstaatlichkeit" verabschieden wollen. Im Kern gehe es dabei um nichts weniger, als „das Soziale (...) fundamental zu reformulieren". (S. 10)

In seinem Versuch, die aktuelle Debatte zu entschlüsseln, bezeichnet Karl August Chassé die neue Unterschicht als „Pappkameraden neoliberal-konservativer Klassentheorien". Nolte greife einst linke und kritische Begriffe auf, fülle sie mit konservativen Inhalten und baue sie zu einer neoliberal-konservativen Klassentheorie um, stellt Chassé fest, der in Jena Soziale Arbeit lehrt. Soziale Ungleichheit werde bei Nolte als eine „gegebene, nicht hinterfragbare Tatsache" dargestellt und moralisiert. Die benutzten Begriffe werden ihres macht- und herrschaftskritischen Gehalts beraubt und mit einem neoliberalen Heilsversprechen aufgeladen. Daher, so Chassé, bleibe diese Klassentheorie „trotz aller Belesenheit im Kern erfahrungs- und empirieresistent" (S. 22).

Chassé verbindet mit der Rede von der neuen Unterschicht zweierlei: Erstens sollen mit ihr – wie beim SPD-Vorsitzenden gehört – die „Opfer" blossgestellt und als „Täter" identifiziert werden; zweitens prägt sie den Blick auf die Gesellschaft und den sozialen Wandel in problematischer Weise. „Auf Wahrheit", schliesst Chassé, „kommt es dabei nicht an. Das gerade macht sie so gefährlich." (S. 35)

Allerdings, gibt Michael Winkler zu bedenken, sind mit ihr „wie bei aller Ideologie Phänomene erfasst, die sich nicht ignorieren lassen." (S. 108) In seinem Artikel zu Unterschicht, Kultur und Soziale Arbeit schreibt er, Armut sei in der Tat keine Fiktion, über die man nebenbei in der Eventgesellschaft scherzen könne: „In diesem Land werden Menschen in eine Randlage gedrängt, die sie als sozialen wie kulturellen Ausschluss erleben." (S. 109) So geraten immer mehr Menschen in Abwärtsspiralen, in denen Kompetenzen und Motivationen verlorengingen.

Der Frankfurter Eriehungswissenschafter Micha Brumlik macht in seinem Artikel unter anderem einen „Unterschichtshabitus" aus, der massgebend durch übermässigen Medienkonsum und schlechte Ernährung geprägt werde. Fernsehen und neue Medien, so Brumlik, bewirkten am unteren Ende der Alters- und Schichtungspyramide einen „Verdummungsschub", dem insbesondere Knaben ausgesetzt seien. „Die Befunde sind erdrückend", schreibt Brumlik, „die neue 'Underclass' setzt sich wesentlich aus leistungsschwachen jungen Männern mit wenig Selbstvertrauen und geringen kognitiven Fähigkeiten zusammen." (S. 95)

Einen weiteren Schuldigen für all diese Entwicklungen glauben Nolte und seine neokonservativen Mitstreiter im Sozialstaat erkannt zu haben. Ins Feld führen sie „funktionale Fehlanreize" oder „äusserst anreizfeindliche Transferleistungen", die bei den EmpfängerInnen „lethargische Einstellungen" befördern und zu einer spezifischen Unterschichtskultur („Kultur der Abhängigkeit und Unmündigkeit") führen würden. Catrin Heite, Sandra Landhäusser, Alexandra Klein und Holger Ziegler halten in ihrem gemeinsamen Beitrag zur „Schwächung des Sozialen" mit einer Frage dagegen: Wenn ein zu grosszügiger Sozialstaat für die Entstehung einer „wohlfahrtsabhängigen Klasse" verantwortlich ist, warum ist dann die Unterschicht hauptsächlich in den USA und Grossbritannien zu finden und nicht etwa in Schweden? (S. 66)

Solcher Einwände ungeachtet setzt Nolte auf die „Erziehung" der Unterschichten und auf ein „Aktivierungsprogramm", das auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen setzt: An die Stelle sozialstaatlicher Für-Sorge sollen Selbst-Sorge und Eigen-Verantwortung rücken. Mit diesem Paradigmawechsel würde die „Umverteilung von Kaufkraft" durch die „Förderung von Tatkraft" ersetzt. So gesehen ist der Skandal nun auch nicht mehr der „Mangel an Lebenschancen und Machtpotentialen" in den unteren Klassen, sondern der „Mangel an personaler Autonomie und Verantwortung" in der neuen Unterschicht (S. 63).

Folgt man dieser Logik, sind die Konsequenzen für die Soziale Arbeit nicht weit. Eine Schlussfolgerung wäre, dass sie sich statt sozialpolitisch wieder vermehrt sozialpädagogisch orientieren müsste, schreibt Brumlik. Heite, Landhäusser, Klein und Ziegler halten den Unterschichtsdiskurs aus sozialpädagogischer Perspektive zwar für verfänglich, für die Soziale Arbeit scheint er ihnen aber „bestenfalls nutzlos", in der Regel gar „schädlich" zu sein. Stattdessen machen sie sich stark für eine Soziale Arbeit, die von einer „befähi-

gungsorientierten Denk- und Handlungsweise" ausgeht und die „gleichberechtigte Teilhabe" aller Gesellschaftsmitglieder zum Ziel hat. Damit verbunden ist für die vier AutorInnen die Aufforderung an die Soziale Arbeit, dafür zu sorgen, dass allen Menschen die Fähigkeiten dazu auch vermittelt werden. Im Auge haben sie insbesondere die politische Mitbestimmung und die Teilnahme am Wirtschaftsleben (S. 75).

Zum Schluss nochmals zurück zum herausragenden Aufsatz von Michael Winkler. Auch er beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Unterschichtsdiskurses auf die Soziale Arbeit. Ihm fällt auf, dass in der Sozialen Arbeit die Diskussionen um die neue Unterschicht und die wiederentdeckten Klassen erstaunlicherweise kaum wahrgenommen werden. Dabei entgehe den Verantwortlichen der Sozialen Arbeit weitgehend, in welchem Masse der aktuelle Diskurs mit einer weiteren Attacke auf den Sozialstaat verbunden sei. Für die Theorie (und Praxis) der Sozialen Arbeit sieht Winkler eine grosse Herausforderung: ihre eigene Gesellschaftsanalyse voranzutreiben (S. 115).

Der Kultur und der Frage nach der Verfügung über sie kommt in solchen Analysen eine zentrale Rolle zu. Dies auch in Anbetracht der Tatsache, dass heute laufend Lebenslagen entstehen, die durch vielfältige Nöte gekennzeichnet sind – Winkler spricht in diesem Zusammenhang von Enteignung und Entfremdung. „Die völlige Wertlosigkeit des Menschen, auf die Simmel verwiesen hatte, wird nun bittere Wahrheit", schreibt er. Als wichtige Aufgabe für die Soziale Arbeit sieht Winkler deshalb, „enteignete und entfremdete Kultur" zurückzugewinnen und die Würde und Anerkennung der betroffenen Menschen wieder herzustellen. Dafür muss es der Sozialen Arbeit gelingen, „Kultur zu einem Thema zu machen, das mit Gerechtigkeit verbunden ist." (S. 131)

Yves Kramer

Alex Demirovic: Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, 2. überarb. und erw. Neuauflage. Westfälisches Dampfboot, Münster 2007 (200 S., 19,90 €)

Lars Bretthauer, Alexander Gallas, John Kannankulam, Ingo Stützle: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. VSA-Verlag, Hamburg 2006 (336 S., 20,80 €)

Wer sich heute mit dem Werk Nicos Poulantzas' und dessen Rezeption beschäftigt, spannt gleichsam einen Zeitbogen vom Umbruchjahr 1968 bis zur Gegenwart. Kurz vor dem Pariser Mai erschien sein erstes Buch *„Politische Macht und gesellschaftliche Klassen"*, das bereits wesentliche Gedanken zur Theorie der Klassen und des Staates beinhaltete, die knapp zehn Jahre später in seinem Hauptwerk *„Staatstheorie"* kulminierten. Sein früher Tod 1979 fiel zusammen mit dem Beginn der neoliberalen Transformation des westlichen Kapitalismus.

Dass mit dem neuen Aufschwung sozialer Bewegungen und der Wiederbelegung linker Gesellschaftskritik ab Mitte der 1990er Jahre ausgerechnet dem Werk Nicos Poulantzas' wieder größere Aufmerksamkeit zuteil wurde und weiterhin wird, liegt nicht zuletzt daran, dass einige Theoretiker sich kontinuierlich an Poulantzas' Begriffen abgearbeitet hatten, wie Alex Demirovic in der neuen Einleitung zu seiner

erstmals 1987 veröffentlichten Monografie betont. Er nennt Joachim Hirsch, Leo Panitch und Bob Jessop – eine Aufzählung, der man den Namen Alex Demirovic unbedingt beifügen muss, bleibt seine Monografie doch bis heute die einzige systematische Einführung in und eine profunde Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas' Werk in deutscher Sprache.

Für die Neuauflage des Buches wurde nicht nur der Haupttext, in dem zentrale Begriffe und Thesen erläutert werden – was die Rezeptionsschwelle für nicht in Poulantzas' Terminologie Eingeweihte deutlich senkt -, gründlich überarbeitet, sondern wurden auch zwei neue Texte angefügt. „Volkes Herrschaft?" erschien bereits als Beitrag in *„Poulantzas lesen"* und diskutiert die demokratietheoretischen Implikationen der Theorie von Poulantzas und deren Konsequenzen für Strategien eines „demokratischen Sozialismus", der auf die radikale Transformation des Staates abzielt, ohne die Institutionen der bürgerlich-repräsentativen Demokratie für obsolet zu erklären. Der zweite Text beschäftigt sich ausführlich mit dem Begriff der „Verdichtung", dem bei Poulantzas, der den Staat in seinem bekanntesten Merksatz als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" beschrieben hat, zentrale Bedeutung zukommt. Dabei nimmt Demirovic insbesondere aktuelle Veränderungen des (National-) Staates in den Blick.

Die Aktualität Poulantzas' Theorien streicht auch der Sammelband *„Poulantzas lesen"* heraus. Der mit Bedacht gewählte Titel ist nicht bloß Aufforderung, sondern vor allem Herausforderung an die (potentielle) Leserschaft. Im Sinne Louis Althussers wird jeder „unschuldigen" Lektüre eine Abfuhr erteilt, was, wie in der Einleitung betont wird, angesichts Poulantzas' oft sperriger Sprache auch schwer möglich wäre. Notwendig wäre eine aktive, produktive Lesart, die, sich ihres eigenen Standpunkts bewusst, den Fokus auf Leerstellen und Widersprüche im Text legt, um ein Verständnis für zugrundeliegende Problematiken zu erarbeiten – also Poulantzas jener „symptomalen Lektüre" zu unterziehen, die Althusser einst für das *„Kapital"* eingefordert hatte. Die besondere Qualität vieler der versammelten Texte ergibt sich entsprechend aus den vorgenommenen „Terrainwechsel", die Poulantzas' Werk in einen produktiven Dialog mit anderen thematischen Feldern und theoretischen Traditionen treten lassen.

Der Aufbau des Bandes arbeitet sich dabei vom Abstrakten zum Konkreten vor. Im ersten Abschnitt bewegen sich die Beiträge auf der Ebene der Produktionsweise und behandeln Fragen ontologischer und epistemologischer Natur. So stellt Clyde W. Barrow die Frage nach dem Verhältnis von Strukturen und Klassenpraxis in Poulantzas' „historisch-strukturalistischem" Ansatz, während Alexander Gallas in seinem Aufsatz eine ähnliche Problematik mit den Begriffen „Form" und „Kampf" bearbeitet. Er liest das *„Kapital"* mit Poulantzas, um so dessen Verständnis der widersprüchlichen Kombination von Brüchigkeit und Stabilität im Kapitalismus herauszuarbeiten. Bob Jessop analysiert das Verhältnis der unterschiedlichen Abstraktionsebenen in Poulantzas' Staatstheorie selbst, d.h. der abstrakten Formbestimmung des Staates im Kapitalismus und der historisch-konkreten Analyse politischer Klassenkämpfe. Auf der Ebene der Formanalyse bewegt sich auch der Beitrag von Joachim Hirsch und John Kannankulam, die für eine „kritische Konfrontation" der Poulantzas'schen Staatstheorie mit der bundesdeutschen „Staatsableitungsdebatte" argumentieren. Lars

Bretthauer wiederum überprüft die Begriffe „Materialität" und „Verdichtung" bei Poulantzas vor allem in Hinblick auf historisch-konkrete Analysen von Herrschaftsverhältnissen.

Im zweiten Themenblock, „Macht und Herrschaft", sticht besonders die Aufarbeitung des „heimlichen Dialogs" (S. 171) zwischen Poulantzas und Michel Foucault hervor. Urs T. Lindner konstatiert dabei einen bei Poulantzas angelegten „Klassenreduktionismus", den zu überwinden (ohne auf Poulantzas zu verzichten) ein „materialistisch angeeigneter Foucault" (S. 169) ermöglichen kann. Ebenfalls mit Foucault (und mit Hilfe des Ansatzes der linken „Staatsableitung") konzipiert Sonja Buckel Grundzüge einer an Poulantzas anschließenden Rechtstheorie. Dies betrifft insbesondere die Rolle des Wissens in bestimmten Machtfeldern, wie auch Ingo Stützle in seinem Beitrag zeigt. Auch er kommt, wenn auch auf unterschiedlichem Wege, zum Schluss, dass die Ansätze Foucaults und Poulantzas' ergänzend gelesen werden sollten: Foucault als Rekonstrukteur der Macht- und Wissensfelder, Poulantzas als Theoretiker der Begründung ihres Zusammenhangs mit der kapitalistischen Produktionsweise.

Ein besonders interessanter Terrainwechsel gelingt Jörg Nowak, der die Leerstellen in der Theoretisierung der Geschlechterverhältnisse bei Poulantzas mit Erkenntnissen der feministischen Staatstheorien konfrontiert. Ob die von ihm geäußerte Hoffnung auf eine „gemeinsame (..) Rezeptionskultur kritischer feministischer und marxistischer Intellektueller" (S. 150) begründet ist, bleibt offen. Schließlich ist man(n) auch im vorliegenden Sammelband der von Nowak als ein Problemfeld angesprochenen „männlichen Dominanz innerhalb des Marxismus" nicht entkommen: von 19 AutorInnen sind 17 Männer.

Um die räumlich-territoriale Dimension der Staatstheorie von Poulantzas geht es in Abschnitt drei. Hans-Jürgen Bieling zeigt mit Hilfe neo-gramscianischer Ansätze sowie der neueren Imperialismustheorien von Sam Gindin und Leo Panitch, wie Poulantzas' Begriffe auch für die Analyse der europäischen Integration als „Verdichtung zweiter Ordnung" – wenn auch nur noch als „heuristische Inspirationsquelle" (S. 234) – nutzbar gemacht werden können. Ebenfalls auf die Transformation von Staatlichkeit im Zusammenhang mit der Transnationalisierung der Produktionsverhältnisse geht Jens Wissel ein, der aber weitaus direkter an Poulantzas und dessen imperialismustheoretischen Überlegungen anschließt. Auf grundlegenderer Ebene liefert Markus Wissen einen äußerst wichtigen Beitrag zu den Begriffen der „Raum-" und „Zeitmatrix" bei Poulantzas, der die im deutschen Sprachraum nur zögerlich rezipierten Theorieansätze und Erkenntnisse der „radical geography" und des „spatial turn" in den Sozialwissenschaften aufgreift.

Den letzten Teil des Bandes bilden Beiträge, die sich dem Begriff der Krise und damit verbundenen strategischen Handlungsoptionen für die Linke im gegenwärtigen Kapitalismus widmen. Thomas Sablowski untersucht den Zusammenhang von ökonomischen und politischen Krisen als relativ „offene Situationen" für politische Handlungsfähigkeit, und zwar sowohl historisch im Faschisierungsprozess in Deutschland und Italien, als auch in ihrer Bedeutung für politische Strategien heute. Der Beitrag von Ulrich Brand und Miriam Heigl stellt die Frage nach aktuellen Strategien der Linken, die das Terrain der Kämpfe selbst verändern können. Dabei wird ein „neo-poulantzianisches Forschungsprogramm" (S. 287) eingefordert, das angesichts der Globalisierung über die nationalstaatsorien-

tierten strategischen Überlegungen Poulantzas' hinausgreift.

Zum Abschluss diskutiert Peter Thomas das Verhältnis der strategischen Vorschläge Poulantzas' und Gramscis, dem „Weg zum demokratischen Sozialismus" und dem „Stellungskrieg", und zeigt, wie trotz aller Kritik des ersteren an Gramscis angeblicher Befangenheit im Lenin'schen Konzept der „Doppelherrschaft" deren Kombination „das aktuellste und fruchtbarste Moment des Erbes von Poulantzas sein" könnte (S. 322).

Die Qualität des Sammelbands liegt nicht nur an der Breite der verhandelten Themen, sondern auch daran, dass nicht willkürlich Brocken aus dem „Steinbruch Poulantzas" herausgebrochen, sondern Möglichkeiten, Grenzen und Anknüpfungspunkte „poulantzianischer" Theorien in verschiedenen Forschungsfeldern ausgelotet werden. Die Aufschlüsselung von Grundbegriffen, die von den Herausgebern im Klappentext versprochen werden, kann „*Poulantzas lesen*" aufgrund der durchaus voraussetzungsreichen Texte jedoch nur bedingt leisten – hierfür ist Demirovics Buch umso geeigneter.

Benjamin Opratko

Rita Schäfer: Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika. LIT Verlag Münster 2005 (480 S., 29.90 €)

Ausgehend von der Tatsache, dass Südafrika weltweit die höchste Vergewaltigungsrate aufweist und auch im Bereich der häuslichen Gewalt im internationalen Vergleich an der Spitze liegt, untersucht die Autorin das Verhältnis zwischen gesetzlichen Grundlagen und Rechtsrealität und unterbreitet aus der Perspektive einer aussenstehenden Wissenschafterin Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Geschlechtspezifische Gewalt identifiziert sie als zentrales Strukturproblem der südafrikanischen Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt, Normen und Werte im Zuge verschiedener historischer Umbrüche erschüttert wurden. Zwar verfügt das neue Südafrika über eine egalitäre Verfassung und über Gesetze, welche die Rechte von Frauen wie kaum anderswo schützen sollten.

Auf der Ebene der Ausführungsbestimmungen und vor allem der Institution Verwaltung und Polizei zeigt sich hingegen ein völlig anderes Bild. Die ethnologische Studie, die auf einer 2000-2001 in Südafrika durchgeführten empirischen Untersuchung beruht, bietet darüber hinaus einen umfassenden, interdisziplinär angelegten Überblick über die Literatur zum Thema Gewalthandeln gegen Frauen in Südafrika, einschliesslich einer 150 Seiten umfassenden aktuellen Literaturliste.

Für die Autorin sind Vergewaltigungen und Gewalt gegen Frauen Machthandlungen, ein feindseliger Angriff auf die Persönlichkeit und die körperliche Integrität von Frauen. Dies ist besonders gravierend, weil der Faktor Aids eine zusätzlich lebensbedrohende Gefährdung der Opfer bedeutet, Massenvergewaltigungen durch Gangs weitverbreitet und Mädchen und junge Frauen auch in Ausbildungsstätten vor gewaltsamen Übergriffen nicht geschützt sind.

Physische Gewalt, die während der Kolonialzeit und der Apartheid das Vorgehen der weissen Machthaber prägte, wurde im Befreiungskampf zum legitimen Mittel der Interessensdurchset-

zung. In einer Situation, die jungen Männern Selbstbehauptung durch Arbeit und soziale Anerkennung weitgehend vorenthält, ist Gewalt gegen Frauen heute ein wesentliches Merkmal von Männlichkeit. Besonders bedenklich dabei ist die Tatsache, dass geschlechtsspezifische Gewalt weder von den zuständigen staatlichen Institutionen noch durch soziale Sanktionsmechanismen angemessen geahndet wird. Die betroffenen Frauen sehen im Schweigen immer noch den besten Schutz; sie sehen sich durch Ereignisse wie den skandalösen Verlauf des Vergewaltigungsprozesses gegen den ehemaligen südafrikanischen Vizepräsidenten Jacob Zuma in dieser Haltung bestätigt.

Mit einer Fülle von genau recherchierten Daten untermauert Rita Schäfer ihre Aussagen; diese dokumentieren ein in ihrer konkreten Anschaulichkeit erschreckendes Bild der im Alltag omnipräsenten Gewalt, der Frauen und Mädchen im heutigen Südafrika ausgesetzt sind. Trotzdem bleibt der Text wissenschaftlich sachlich, ohne Voyeurismus und anklägerischen Unterton. Die Empathie der Autorin fliesst in die Präzision der analytischen Durchdringung und in die Suche nach Lösungsansätzen.

Zunächst ein paar Daten zur Veranschaulichung der statistischen Bedeutung von geschlechtsspezifischer Gewalt: Gemäss INTERPOL weist Südafrika seit Jahrzehnten die höchste Vergewaltigungsrate der Welt auf. In einem Community Health Centre im Western Cape war 1998 jede zweite Frau, die dort Hilfe suchte, ein Opfer häuslicher Gewalt. Zwischen 1990 und 1995 waren in einer Traumaklinik in Kapstadt rund 34 Prozent aller Patientinnen und Patienten Frauen, die gewaltsame Übergriffe erlitten hatten. Eine in den 90er Jahren unter 1400 Arbeitern in Kapstadt durchgeführte Studie des Medical Research Council ergab, dass 80 Prozent der Befragten ihre Frauen regelmässig schlagen. Schäfer betont, dass sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen als zentrales Element der gewaltgeprägten Geschlechterhierarchien zu verstehen ist, das Norm setzenden Charakter hat und auf historische und gesellschaftliche Gründe zurückzuführen ist.

Während sexuelle Gewalt im Kontext der politischen Gewalt in der Zeit der Apartheid eine bestimmte Rolle zukam, vermischt sie sich heute mit Machtbehauptung und krimineller Gewalt. Die organisierte Kriminalität in Südafrika weist 300 weitverzweigte Syndikate auf, von denen 30 international tätig sind und ihre Geschäfte im Drogen-, Waffen- und Elfenbeinhandel abwickeln. Im Unterschied zur Bekämpfung der generellen kriminellen Gewalt, die allgemein als vorrangiges gesellschaftliches Problem und als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen wird, findet die Gewalt gegen Frauen fast überhaupt keine Beachtung.

Nicht umsonst hat die Autorin ihrem Buch den Titel „Im Schatten der Apartheid" gegeben. Geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika ist ohne den historischen Hintergrund der südafrikanischen Rassenpolitik der Jahre 1948-1994 nicht zu verstehen. Das Apartheidsystem beinhaltete nicht nur Diskriminierung aufgrund von Rassenzugehörigkeit, sondern auch des Geschlechts. Die unter der Apartheid geprägten Gesetze und Normen schrieben Geschlechterhierarchien für alle Bevölkerungsteile fest.

Bis 1984 hatten auch weisse Frauen keine eigenständige Rechtspersönlichkeit inne, sie wurden durch Ehemänner, Väter und Brüder vertreten. Auch nach 1984 blieb der Mann alleiniges Familienoberhaupt. Trotzdem gab es viele Scheidungen und besonders in buri-

schen Familien war häusliche Gewalt und erweiterter Selbstmord von Männern, das heisst das Auslöschen ganzer Familien, ein weitverbreitetes Phänomen. Neben der Norm einer aggressiven Sexualität wurden die Frauen gleichzeitig als Mütter und Ehefrauen idealisiert. Übergriffe auf Frauen des Feindes, d.h. auf Afrikanerinnen, wurden disziplinarisch nicht verfolgt und Gewalt als patriotische Pflicht generell legitimiert und glorifiziert.

Ab 1960 war der Staatsapparat praktisch ausschliesslich auf den Kampf gegen den politischen Feind, also gegen die ihre Rechte fordernde schwarze Mehrheit, ausgerichtet. Polizei und Staatssicherheitsdienst gingen zu diesem Zweck auch Kooperationen mit den Gangs und dem Drogenhandel ein. Die Polizei ignorierte die kriminellen Strukturen in den Townships und die Alltagsgewalt und interessierte sich nur für ihre politischen Aufgaben. Zur Unterdrückung des wachsenden Widerstandes waren Zwangsmittel und Gewaltausübung wie Verhaftungen, Folter, Todesstrafe und Auspeitschungen an der Tagesordnung. In Ermittlungsverfahren gegen Aktivistinnen (in den 80er Jahren 10 Prozent der politischen Häftlinge) setzte der Sicherheitsapparat gezielt sexuelle Gewalt ein, um die Persönlichkeit dieser Frauen zu brechen. Frauen und Angehörige von Kämpfern wurden vergewaltigt, um letztere in ihrer Männlichkeit zu treffen. Wegen der Tabuisierung der Sexualität in der afrikanischen Gesellschaft, war es für die Betroffenen kaum möglich, über das Erlittene zu sprechen.

Mit dieser Schwierigkeit sah sich auch die Wahrheitskommission (TRC) konfrontiert, deren Mandat das Problem der geschlechtsspezifischen Gewalt nicht umfasste. Zwar waren Vergewaltigungen unter der allgemeinen Kategorie von groben Menschenrechtsverletzungen subsumiert, die TRC hatte jedoch weder spezifische Anhörungen für geschlechtsspezifische Gewalt vorgesehen, noch war sie auf solche vorbereitet. Nur wenige Frauen wagten es unter diesen Umständen, über die erlittene sexuelle Gewalt auszusagen, da sie befürchteten, stigmatisiert und ausgegrenzt zu werden. Denn es herrschte immer noch die weitbverbreitete Meinung aus dem Antiapartheid-Kampf, dass sich eine vergewaltigte Frau dem weissen System verkauft habe.

In den Gewerkschaften wurde die mehrfache Unterdrückung von Afrikanerinnen erst in den 80er Jahren anerkannt; nur zögerlich begannen diese, den Kampf für gerechtere Löhne und Mutterschutz zu unterstützen. Weitere Frauenforderungen blieben aber dem Arbeitskampf und dem Widerstand gegen die Apartheid untergeordnet. Die hierarchischen Familienbeziehungen wurden nicht infrage gestellt, und viele Gewerkschafter verboten ihren Frauen die Teilnahme an abendlichen Gewerkschaftsversammlungen. Obwohl sexuelle Belästigungen am Arbeitsort regelmässig vorkamen, wurden sie nicht thematisiert, auch nicht von Frauen. Ende der 80er Jahre wurde ein Vorstoss zur Einführung eines gewerkschaftsinternen Verhaltenskodexes abgelehnt, obwohl sechs von zehn Gewerkschafterinnen angaben, von Kollegen belästigt worden zu sein. Erst 1995 wurde ein derartiger Kodex angenommen.

In den Befreiungsbewegungen wurden Frauen zum einen als Kämpferinnen gegen das Regime heroisiert, sie wurden zum anderen aber auch als potentielle vom Feind angeworbene Spioninnen gesehen. Während der Auseinandersetzungen zwischen dem ANC und der Inkatha in den 90er Jahren kam es zu Gruppenvergewaltigungen von jungen Frauen der Gegenseite. Die Schwestern von Mitgliedern gegenseitiger Gruppen

wurden als Spitzel eingesetzt bzw. verdächtigt. Vergewaltigungen wurden als Mittel der Disziplinierung gegen junge Frauen eingesetzt, wenn diese sich nicht unterordnen wollten.

Die koloniale Eroberung Südafrikas und die Apartheid veränderten die Sozialbeziehungen in den afrikanischen Gesellschaften auf grundlegende Weise. Durch die Wanderarbeit und die Homelandpolitik erfuhren besonders die Geschlechterverhältnisse tiefgreifende Veränderungen. Dabei kompensierten die afrikanischen Männer die durch die Apartheid erlittene Demütigung mit der gewaltsamen Machtausübung über Frauen.

Dies veranschaulicht folgendes Beispiel: Die ethnisch tradierten Strukturen der männlichen Altersklassen transformierten sich in den städtischen Townships der 40er und 50er Jahren zu kriminellen Banden, die der Bevölkerung einen gewissen Schutz boten. Diese Banden kontrollierten die lokale Bevölkerung. Dabei stellte sich die Polizei eher auf die Seite der Gangs, mit denen sie im Waffen- und Drogenschmuggel teilweise sogar zusammenarbeitete, während die Jugendlichen des Sowetoaufstandes die Macht der Gangs bekämpften. Die Gangs traten zum Beispiel auch gegen den Schulbesuch von Mädchen ein, um diese besser unter ihrer Kontrolle halten zu können. Zu ihrer Identität gehörte eine aggressiv zur Schau gestellte Sexualität. Die Jugendlichen lernten so körperliche Brutalität als einziges Mittel der Machtdurchsetzung kennen. Nach 1994 wandten sich viele Aktivisten den zuvor bekämpften Gangs zu, deren Macht sich nach dem politischen Wechsel festigte. Im Umfeld der Gangs entstand die Praxis des *Jackrolling*. Dabei handelt es sich um Massenvergewaltigungen, mit denen die Gangs Frauen bestrafen, die sich ihrem Einfluss entziehen. Solche Gruppenvergewaltigungen haben in den letzten Jahren massiv zugenommen, sie gehören zur Subkultur von Jugendlichen und werden rituell zelebriert. Diese Jugendlichen wachsen in Familien auf, in denen Gewalthandeln allgegenwärtig und sexuelle Gewalt ein zentrales Element ihrer Maskulinitätskonstruktion ist.

Wie reagieren die betroffenen Frauen auf diese Situation? Die Studie zeigt, dass Frauen lange in Gewaltbeziehungen ausharren, zum Beispiel aus Angst, die Kinder zu verlieren. Ausserdem wird das Scheitern einer Ehe vom sozialen Umfeld als Versagen der Frau gewertet. Aber auch junge Mädchen dulden Gewalt in Beziehungen als Zeichen von Zuneigung. Die von den Frauen verinnerlichten Geschlechterhierarchien bewirken, dass Frauen die gegen sie ausgeübte Gewalt kaum in Frage stellen. Angst, Scham und Schuldgefühle verhindern, dass sie sich auflehnen.

Schäfer geht davon aus, dass die sexuelle Gewalt gegen Frauen in Südafrika deshalb so wenig thematisiert und bekämpft wird, weil die Zivilgesellschaft Gewalt als Teil der sozialen Ordnung weitgehend hinnimmt und keine Sanktionen dagegen ergreift. Dabei verstärken sich die aufgeführten Faktoren gegenseitig und fördern die geschlechtsspezifische Gewalt: es sind dies die kulturelle Legitimation von Gewalt, gewaltsame Konfliktlösungen und Sozialisationsmuster, gewaltgeprägte Persönlichkeitsstrukturen und die Verbindung von Männlichkeit und Aggressivität.

Wie stark die Frage der geschlechtsspezifischen Gewalt weiterhin tabuisiert wird, zeigt die öffentliche Debatte über die korrekte Zahl der Vergewaltigungsopfer. 1999 zweifelte Präsident Thabo Mbeki die jährlichen Kriminalstatistiken öffentlich an; er sah darin nur eine Strategie, ein negatives Image von Süd-

afrika zu verbreiten und der neuen Regierung zu schaden. Implizit beschuldigte er damit diejenigen, die staatliches Eingreifen zugunsten der Frauen forderten, dem neuen Südafrika feindlich gegenüber zu stehen, das heisst unpatriotisch zu sein. Mbeki schloss damit an den während des Befreiungskampfes herrschenden Diskurs an, der Frauenforderungen als egoistisch, spalterisch und unafrikanisch disqualifizierte.

Die 1996 verabschiedete Verfassung des neuen Südafrika schuf gegenüber der bisher geltenden einen völlig veränderten Rechtsrahmen mit umfassenden Gleichheitsgrundsätzen, verbrieften Frauenrechten und Schutz vor Gewalt. Sie kam unter der aktiven Mitwirkung von Frauenorganisationen zustande. Frauenrechtsorganisationen sind auch heute noch aktiv – mit ihren Forderungen sind sie zu eigentlichen Gestalterinnen der Rechtsrealität Südafrikas geworden. Ihrer Initiative ist auch das Gesetz gegen häusliche Gewalt, der Domestic Violence Act von 1998, zu verdanken.

Schäfer ist der Ansicht, dass die Frauenrechtsorganisationen wirksamer auftreten könnten, wenn sie sich von politischen Rücksichten auf die ANC-Regierung befreien würden. Von ihrer Geschichte her waren diese Organisationen Teil des gemeinsamen Kampfes gegen die Apartheid – heute sind sie eingebunden in das Projekt des Nation Building und arbeiten loyal mit dem Staat zusammen. Mit ein Grund für diese Bisshemmung ist nach der Autorin die Tatsache, dass die Führung dieser Organisationen fast ausnahmslos in den Händen weisser Feministinnen liegt, die als Ursachen für das Gewalthandeln ausschliesslich das Patriarchat und die Diskriminierung während der Apartheid verantwortlich machen und die komplexeren Gewaltstrukturen ausblenden. Schäfers spannende und lehrreichen Studie demonstriert, wie äusserst produktiv der Gender-Fokus in der Rechts- und Gewaltforschung ist.

Barbara Müller

Sünne Andresen / Susanne Lettow

Was ist neu an der Partei „Die Linke“? Gesellschaftsanalyse aus Geschlechtersicht

Aus der Geschichte wissen wir, dass – wie in anderen politischen Strömungen auch – bei der Linken die Geschlechterfrage keineswegs selbstverständlich auf der Agenda steht, dass sie häufig ignoriert oder dann als Zusätzliches angehängt wird. Immer noch wird Gesellschaftsanalyse nicht konsequent aus Geschlechtersicht betrieben, d.h. Geschlechterverhältnisse werden nicht als zentrale Dimension aller gesellschaftlichen Verhältnisse und somit als integraler Bestandteil jedes linken Politikprojekts begriffen. Die Frage ist, ob es im gegenwärtigen Neuformierungsprozess einer Linken gelingen wird, diesen bloß additiven Umgang mit der Geschlechterfrage zu überwinden. Um Ansatzpunkte hierfür auszuloten, veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin seit 2006 eine Reihe Gesellschaftspolitischer Foren, die den Parteibildungsprozess der neuen Linkspartei auch aus feministischer Perspektive kritisch und konstruktiv begleiten.

Ausgangspunkt der Diskussionen ist die Frage, welche veränderten Konstellationen und mithin neuen Widersprüche sich im neoliberalen Kapitalismus in den Geschlechterverhältnissen herausgebil-

det haben. Denn in den vergangenen Jahrzehnten ist der fordistische Geschlechtervertrag, der den männlichen Familienernährer und die Hausfrau bzw. den Familienvater und die „doppelt belastete" erwerbstätige Hausfrau als Norm setzte, zum Auslaufmodell geworden. An die Stelle dieser sozialen Rollen ist die Anrufung von Frauen und Männern als individualisierte selbstverantwortliche Marktsubjekte getreten, womit zum einen neue Handlungsspielräume entstanden sind, zum anderen sich aber der Druck gerade auf Frauen als Erwerbstätige wie als Reproduktionsarbeiterinnen erhöht hat. Die neoliberale Reprivatisierung, bei der vormals öffentliche Aufgaben sowohl in den kapitalistischen Markt wie auch in häusliche Privatheit überführt werden, ist dabei allerdings nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern auch ein politisch-kulturelles. Denn es ändern sich damit auch die Bedingungen für politische Partizipation, für die öffentliche Artikulation von Bedürfnissen und Interessen. In diesem Zusammenhang erhalten der alte Slogan, dass das Private politisch ist, und die Einsicht, dass Privatisierung einen zentralen Mechanismus ungerechter Geschlechterverhältnisse darstellt, eine neue Bedeutung.

Zudem muss Gesellschaftsanalyse aus Geschlechtersicht davon ausgehen, dass die aktuellen Widerspruchslandschaften im Neoliberalismus von Prozessen der Globalisierung, Transnationalisierung und Migration bestimmt sind. Dies hat u.a. zur Folge, dass die gesamtgesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse durch eine Mehrzahl kultureller Geschlechterordnungen geprägt sind, in denen sich die Probleme für Frauen und Männer jeweils anders stellen. Die Herausforderung für eine neue Linke besteht daher darin, neue Analysen in Angriff zu nehmen und Politikformen zu entwickeln, die die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse wahrzunehmen vermögen.

Nachdem auf dem Gesellschaftspolitischen Forum im Dezember 2006 die Reorganisation von Geschlechterverhältnissen in neoliberaler Ökonomie (vgl. etwa Brodie 2004) sowie die Auseinandersetzung um strategische Begriffe wie etwa „Geschlechtergerechtigkeit" (vgl. Schlegel 2006) im Zentrum standen, ging es auf dem Frühjahrs-Forum am 28. April 2007 um die Themen Privatisierung und öffentliche Güter, die Notwendigkeit einer intersektionalen, postkolonialen Perspektive auf soziale Gerechtigkeit sowie eine kritische Analyse der von WASG und PDS beschlossenen „Programmatischen Eckpunkte", die die Basis für ein gemeinsames Programm der Linkspartei darstellen.

Iris Nowak, Sozialökonomin aus Hamburg, eröffnete ihr Impulsreferat „Selbstbestimmung braucht öffentliche Güter", indem sie die im Titel enthaltende Behauptung, die eine alte linke Gewissheit ausdrückt, zunächst einer kritischen Befragung unterzog: Welche öffentlichen Güter sind überhaupt nötig, damit allen Menschen eine selbstbestimmte Lebensweise möglich wird? Welche Form von Selbstbestimmung ist gemeint? Taugt ein solcher Begriff überhaupt noch, um linke feministische Analysen und Perspektiven so zu erneuern, dass sie der Entwicklungsdynamik und dem Veränderungspotential der gegenwärtigen Verhältnisse tatsächlich gerecht werden? Dabei problematisierte sie zum einen die „herrschaftsdurchsetzte Form", die die Gewährung der öffentlichen Güter im Fordismus charakterisierte. Soziale Sicherheit war hier insgesamt an das Hausfrau-Ernährer-Modell und an die nationale Staatsbürgerschaft gebunden.

Zum anderen machte Nowak deutlich, dass auch in der gegenwärtigen linken Debatte um öffentliche Güter die geschlechterpolitischen Dimensionen des Themas meist ausgeblendet werden. Dies birgt die Gefahr, dass weiterhin nur das als öffentliche Angelegenheit betrachtet wird, was sich als solches etablieren konnte. Im Effekt wird damit unkritisch die alte Form der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit reproduziert, wenn etwa gegen die Privatisierung von Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen protestiert, nicht aber auch nach neuen Formen für die traditionell in privaten Haushalten geleisteten Arbeiten gesucht wird. Oder wenn öffentliche Güter lediglich als Kompensation für ‚eigentlich' im Privaten zu Leistendes angesehen werden. Dabei müsste es angesichts der individuellen Bedürfnisse hinsichtlich z.B. Gesundheitsversorgung oder Assistenz und Pflege bei Krankheit, Behinderung und Alter zentral um die Frage gehen, wie die im Privaten geleistete Sorgearbeit gegenwärtig organisiert ist und welche Alternativen die Linke hierzu anbieten will.

Das bedeutet aber, dass die Debatte um öffentliche Güter, so Nowak, sowohl mit einer Politik um Arbeit als auch mit Fragen der Partizipation verknüpft werden müsste. Schließlich kann es auf die Frage, was ein öffentliches Gut ist bzw. sein sollte, keine für alle Bürger/innen gleiche Antwort geben. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche und teilweise konfligierende Bedürfnisse miteinander zu vermitteln. In Anlehnung an Nancy Fraser (1994) definiert Nowak die Kämpfe um öffentliche Güter entsprechend als zugleich „Kämpfe um eine bestimmte Form der Bedürfnisinterpretation". Damit sich diesbezüglich Alternativen zur neoliberalen Sichtweise und Regulierung entfalten können, bedarf es gesellschaftlicher Räume, in denen Bedürfnisse artikuliert werden und in denen über die Möglichkeiten und Formen ihrer Befriedigung gestritten werden kann. Die Vermittlungsarbeit zwischen den Bedürfnissen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, so ihr Fazit, muss einen „dauerhaften Bestandteil eines alternativen Gesellschaftsprojekts darstellen". Zugleich muss ein solches Projekt den Mythos des Sachzwangs, der der herrschenden neoliberalen Politik zugrundeliegt, entlarven, indem es diese Politik selbst als eine durch und durch partikulare Bedürfnisinterpretation und Interessenwahrnehmung kritisiert.

Wie Bedürfnisse und Perspektiven, die aus der Gleichzeitigkeit und dem Ineinander unterschiedlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse resultieren, überhaupt zusammengebracht werden können, bzw. wer sich mit welchen Interessen und Alternativen Gehör verschaffen kann, ist eines der Grundprobleme jeder um Gegenhegemonie und wirkliche Demokratie ringenden Politik. Maria do Mar Castro Varela, Professorin an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit in Berlin, führte dies in ihrem Beitrag zur postkolonialen Theorie aus (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005), die Elemente aus Marxismus, Poststrukturalismus und feministischer Theorie zu verbinden sucht. Dabei geht es zunächst um eine prinzipielle Perspektivenverschiebung hin zur Wahrnehmung der Widersprüche, die sich aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Diskriminierungsformen ergeben; konkreter aber auch darum, dass auch linken und feministischen Politiken spontan Rassismen eingeschrieben sein können, wenn etwa MigrantInnen als homogene Gruppe konstruiert und Klassenverhältnisse unter ihnen entnannt werden. Hier bedarf es zunächst einer ausgeprägteren Kultur der Selbstreflexivität.

Wichtig für die Reproduktion kultureller Hierarchisierungen, so machte Castro Varela weiter deutlich, ist insbesondere die kulturell-symbolische Dimension von Gesellschaft. Insofern werden Politiken der Repräsentation bedeutsam. Denn Normalisierungsdiskurse, zu denen Formen des othering – der Grenzziehungen zwischen „Wir" und „Anderen" – gehören, wirken strukturierend in den gesellschaftlichen Verhältnissen, indem sie die Beziehungen der Menschen untereinander mitbestimmen und die Handlungsfähigkeit von Einzelnen und Kollektiven begrenzen oder erweitern. Vor allem in der Diskussion wurde deutlich, dass durch die Aufnahme postkolonialer Kritik in das Projekt einer „neuen" Linken zunächst einmal viele neue Fragen aufgeworfen werden. Klar wurde, dass es neben Zeitressourcen vor allem gesellschaftlicher Räume bedarf, in denen unterschiedliche Standpunkte und Zielsetzungen zusammengebracht werden können. Die Ungeklärtheit und Ungelöstheit von Fragen und Problemen gälte es in solchen Kontexten produktiv zu wenden. Anstatt die unvermeidlich auftretenden Irritationen abzuwehren, müssen diese als Impulse für die Herausarbeitung neuer Ideen aufgegriffen werden.

Gleichzeitig muss es jedoch auch darum gehen, den in feministischen und postkolonialen Analysen entwickelten Wissensstand zu verallgemeinern und sich mit Widerständen dagegen auseinanderzusetzen. Dies machte die kritische Analyse des Programmatischen Eckpunktepapiers (vgl. hierzu auch Reymann 2006) deutlich, die Ulrike Schleier, Mathematikprofessorin an der Fachhochschule in Oldenburg sowie Mitglied der WASG, vortrug. Durchweg werden ihres Erachtens die zentralen Politikfelder in diesem Papier geschlechtsblind abgehandelt: So gibt es keine Auseinandersetzung mit neoliberaler Frauenpolitik, und wo es um strukturelle Fragen der Ökonomie geht, wird diese durchgängig ‚geschlechtsneutral' verstanden. Auch in den Bereichen internationale Politik, EU und Militarisierung finden Geschlechterverhältnisse keine Erwähnung. Zwar wird an vielen anderen Stellen die Geschlechterperspektive aufgenommen, doch geschieht dies häufig in unzulänglicher Form. Dies ist z.B. der Fall, wenn Selbstbestimmung über den Körper auf die Abschaffung des § 218 reduziert wird, während die mediale Vermarktung von Frauenkörpern unerwähnt bleibt. Ober wenn „Frauen und Kinder" viktimisierend gewalttätigen Männern gegenübergestellt werden.

Selbstredend ist von Programmpapieren nicht zu erwarten, dass sie in sich geschlossene Abhandlungen zu Themen liefern, zu denen sie Stellung beziehen. Vielmehr impliziert der Kompromisscharakter, der Programmpapieren eigen ist, immer auch begriffliche Unschärfen, handelt es sich doch um eine Textsorte, deren einigende Funktion ohne Inkohärenzen wohl nicht zu haben ist. Dennoch kann das Eckpunktepapier als Symptom für den Diskussionsstand zu Geschlechterverhältnissen innerhalb der Linkspartei gelesen werden. Als solches verweist es auf deutliche Leerstellen und auf ein Nicht-Verstehen, das selbst das Resultat der geschlechtshierarchischen Relevanz- und Kräfteverhältnisse sein dürfte, die auch in der Linken noch längst nicht überwunden sind.

Abschließend wurde daher über Formen der Einmischung, nicht zuletzt auch die Mitarbeit bei der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft der Linkspartei „LISA" oder die Nutzung von Massenmedien für die Verbreitung links-feministischer Positionen nachgedacht. Dabei geht es nicht nur um die Einflussnahme auf den Parteibildungs-

prozess im engeren Sinne, sondern darüber hinaus um Möglichkeiten, wie der Geschlechterperspektive als einem integralen Bestandteil in der breiten und heterogenen linken politischen Kultur mehr Anerkennung und Gewicht verschafft werden kann. Die Gesellschaftspolitischen Foren der RLS stellen nur *einen* Ort dar, an dem hieran gearbeitet und mitgewirkt werden kann. Weitere müssten geschaffen werden.

Im Frühjahr 2008 ist ein größerer Kongress der Rosa-Luxemburg-Stiftung geplant, der die Möglichkeit bieten wird, die bisherigen Diskussionen zu vertiefen und weiterzuführen.

Literatur

Brodie, Janine, 2004: Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: Widerspruch Heft 46, Zürich

Castro Varela, María do Mar, Dhawan, Nikita, 2005: Postkoloniale Theorie. Eine Einführung. Bielefeld

Dies., 2007: Das Dilemma der Gerechtigkeit: Migration, Religion und Gender. In: Das Argument 266, Hamburg

Fraser, Nancy, 1994: Der Kampf um die Bedürfnisse: Entwurf für eine sozialistisch-feministische kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus. In: Dies: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs und Geschlecht. Frankfurt/M.

Müller, Julia, 2006: Synopse der Diskussion um die Programmatischen Eckpunkte zur Bildung einer neuen Linkspartei. rls papers, September 2006

Nowak, Iris, 2005: Selbstbestimmung braucht öffentliche Güter. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 55, Berlin

Reymann, Christiane, 2006: Die (neue) Linke und die Frauenfrage. In: Widerspruch Heft 50, Zürich

Schlegel, Uta, 2006: Begriffe einer linken Geschlechterpolitik – Diskussionsvorschläge. Unveröffentlichter Beitrag des Forums vom 3.12. 2006

Die Buchhandlung mit dem besonderen Angebot

Das Narrenschiff
Buchhandlung Schwabe AG
Im Schmiedenhof 10
CH-4001 Basel
Tel. +41 +61 261 19 82
Fax +41 +61 263 91 84
www.schwabe.ch
narrenschiff@schwabe.ch

Das Narrenschiff
Geisteswissenschaften Literatur